

# P R O T O K O L L

über die 28. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 16. September 1982, im Rathaus, 1. Stock

hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss:

#### VICEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

#### STADTRÄTE:

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

#### GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Walter Heumann

Karl Holub

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Rudolf Pimsl

Friedrich Reisner

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Rudolf Steinmassl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Helmut Zagler

#### VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

OAR Walter Kerbl

#### PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

## T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut. (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei).

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### Beschlüsse des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS:

- |               |   |
|---------------|---|
| ÖAG-3698/82   | Hotel Nagl; Fluchtwegsicherungsleuchten.  |
| GHJ2-3833/82  | Volksschule Ennsleite; Maler- und Anstreicherarbeiten.  |
| GHJ2-3832/82  | Volks- und Hauptschule Tabor; Maler- und Anstreicherarbeiten.   |
| GHJ2-3790/82  | Volksschule Plenkberg; Maler- und Anstreicherarbeiten.  |
| GHJ2-3963/82  | Volksschule Gleink; Instandsetzungsarbeiten.  |
| Ge-3364/82    | Tomasek Maria; Einzelhandel mit Näh- und Strickwaren etc; Kleingewerbeförderung.  |
| Ha-2556/82    | Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung einer Teilsubvention für das Jahr 1982.   |
| Bau3-3956/81  | Straßenbau Hofergründe; Umlegung einer privaten Wasserleitung.  |
| K-4055/82     | Zentralbücherei der Stadt Steyr - Zweigstelle Resthof; Aufstockung von Voranschlagsstellen.   |
| GHJ2-4062/82  | Schule Punzerstraße 73 - 75; Instandsetzungsarbeiten.   |
| Schul-5110/81 | Beaufsichtigung von Schülern an Steyrer Pflichtschulen in der unterrichtsfreien Zeit - 2. Semester des Schuljahres 1981/82.   |
| Bau3-266/80   | Verschiebung des SK-Vorwärtsplatzes; Geländerkonstruktionen; Auftragserhöhung.  |
| GHJ2-4161/82  | Erneuerung der Zentraluhr in der Hauptschule Ennsleite und der Doppelnebenuhr in der Hauptschule Promenade.   |
| GHJ1-4366/82  | Ankauf eines Großflächen-Sichelmähers für die Stadtgärtnerei.   |
| Ha-3074/82    | ATSV Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Sportler Werner Haiberger.   |
| ÖAG-1443/82   | Stadtwerke; Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1981 - Restzahlung.   |
| Bau5-4000/80  | Abbrucharbeiten beim Schleifersteg im Wehrgraben; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 17. 6. 1982.  |
| En-3579/82    | Erneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Leopold-, Josef-, Karolinen-, Schießstätten- und Werndl gasse.  |
| Ha-3455/82    | Herausgabe des Buches "Robert Musil und Marcel Duchamp" von Thomas Zaunschirm; Druckkostenbeitrag.  |
| Ha-5678/80    | Gewährung eines Gemeindedarlehens an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH für die GWG-Mieter Siegfried und Gertrude Krenn (Grundkostenbeitrag). |

Ge-3765/82	Josef Pleil, Einzelhandel mit Lebensmitteln und Genußmitteln; Gewerbeförderung.
Bau3-4001/77	Fußgängertunnel Märzenkeller; Restzahlung.
En-4501/82	Am Klosterberg; Errichtung einer Straßenbeleuchtung.
VerkR-2825/81	Straßenregulierung Neustifter Hauptstraße; Endvermessung.
Bau3-2721/80	Wolfener Landesstraße - Baulos "Judendorf"; Bau-, Grundeinlösungs- bzw. Enteignungsverfahren; 1) Kosten des Forstsachverständigen 2) Kosten des Grundsachverständigen
En-4502/82	Kronbergweg; Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung.
GHJ2-4023/82	Feuerwehrdepot am Stadtplatz; Elektroarbeiten.
Wi-219/82	Kulturzeitschrift "Oberösterreich"; Einschaltung einer Werbeanzeige im Heft 3/1982.
Ge-2617/82	Hildegard Wimmer, Steyr, Volksstraße 5; Refundierung der Stadtsaalmieten; Gewerbeförderungsmaßnahmen.
Ge-216/82	Grenzlehner Gerlinde, Buffet im Standort Steyr, Pachergasse 14; Kleingewerbeförderung.
K-4055/82	Zentralbücherei, Zweigstelle Resthof; Einrichtung.
GHJ1-3468/82	Ehemalige Musikschule; Einrichtung für die Volkshochschule.
Ges-4845/79	Neugestaltung des Brucknerplatzes; Leuchtenankauf.
Bau3-2827/75	Grenzwiederherstellung Waldrandsiedlung; Fremdvermessung.
Wi-5097/82	Einschaltung einer Werbeanzeige im "Steyrer Kalender 1983".
GHJ1-5018/82	Zentralaltersheim; Ersatzbeschaffung von Textilien, Wäsche und Dienstbekleidung.
GHJ1-5017/82	Zentralaltersheim; Ersatzbeschaffung von Küchengeräten.
Bau3-266/80	Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; zusätzliche Bodenaufschlußbohrungen; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 4. 6. 1980.
Bau3-1545/77	Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Schlüsselhofgasse.
En-4958/82	Reparatur des Einsatzfahrzeuges der städtischen Elektriker, Fiat 900 T, O-235.839.

### Verhandlungsgegenstände

#### BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Ges-4845/79 Sanierung und Erweiterung der Gedenkstätte für die Opfer des Krieges und Renovierung des Westwerkes der Stadtpfarrkirche bzw. Ausgestaltung des Brucknerplatzes.

#### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) Sport-1250/82 Sporthalle Tabor; Regulierung der Tarife.
- 3) GHJ2-3834/82 Volksschule Wehrgraben; Erneuerung der Zentralheizungsanlage.
- 4) Ha-1547/82 Erneuerung des Vertrages über das Verfügungsrecht auf 10 Heimplätze der WIST Linz zwischen der Stadt Steyr und dem Verein Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs.
- 5) Pers-594/82  
Präs-134/75 Verbesserung der Bestimmungen über die Zuerkennung einer Jubiläumszuwendung.

- 6) ÖAG-2545/67 Kaufvertrag mit Ludmilla Niedermayr Steyr; vorzeitige Auszahlung des Kaufpreisrestes.
- 7) Bau3-3956/81 Hofegründe, Ennsleite; Verkauf der restlichen Siedlerparzellen.  
Bau6-3957/81

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 8) Schu-1780/82 Brandschutz in Schulen; Erstellung einer Brandschutz-  
Erlaß ordnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 9) Wa-5450/75 Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des RHV; Projektierungsarbeiten für den NS C 2, NS C 4 und NS C 5.
- 10) Bau6-4105/82 Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt  
Bau6-4120/82 04 des RHV; Projektierungsarbeiten für den NS A 5 und NS D 3 (rest).
- 11) Bau6-1131/74 Hauptsammler C/1. und 2. Teil; Schiedsgerichtsverfahren Fa. Montana; Vergleich.
- 12) ÖAG-2997/75 Wasserverband Region Steyr; Bauabschnitt 02; Darlehens-  
zusicherung des BM für Bauten und Technik; Haftungsüber-  
nahme und Annahme der Darlehensbedingungen.
- 13) ÖAG-2997/75 Wasserverband "Region Steyr"; Bauabschnitt 01; Landes-  
Stadtwerke förderung - Darlehensannahme.
- 14) Bau3-571/78 Fa. Vösl, Haager Straße; Asphaltierung des firmeneigenen  
Vorplatzes; Förderungsbeitrag.
- 15) Bau5-2450/82 Fa. Alfred Schmidt GesmbH, Steyr; Gewerbeförderung.
- 16) Ha-4757/82 Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen  
Subvention.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 17) VerkR-5410/79 Saaßer Bezirksstraße - Einreihung und Erklärung eines  
Geh- und Fahrweges als Ortschaftsweg.
- 18) Bau3-266/80 Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße;  
Erklärung als Gemeindestraße.
- 19) Ges-15/82 Straßenbenennungen  
1) im Bereich des Bauvorhabens "Hofegründe";  
2) Marktflächenbenennung im Bereich des Resthofgebietes.
- 20) Bau2-4206/82 Übernahme der Azwangerstraße in das öffentliche Gut.
- 21) Bau6-3875/81 Kanalisation Steyr, Infang Süd; Verlängerung des Kanales  
in der Infangsiedlung (Landerlgründe).

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 22) Bau3-1545/77 Fußgängerunterführung Blümelhubervilla.
- 23) Bau3-5992/80 Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Kostentragung und Entschädigung für Grundeinlöse und Bewuchs.
- 24) Bau3-5992/80 Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Straßen- und Kanalbau.  
Bau6-3099/82
- 25) Bau3-3956/81 Aufschließung Hofergründe - Straßen- und Kanalbau; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 4. 1982.  
Bau6-3957/81
- 26) Bau3-2065/68 Belagsarbeiten auf der B 122 im Bereich zwischen km 33.273 und km 35.312.
- 27) Bau3-2721/80 Ausbau der Wolferner Landesstraße; Grundeinlösenkosten.
- 28) Bau3-3783/82 Regulierung von Verkehrsflächen und Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Eysnfeld; Schaffung einer Grün- und Rollschuhfläche.
- 29) Bau4-2641/81 Sanierung der Großen Fallen-, Wiesenberg- und Schwimmschulbrücke; Auftragserrichtung.
- 30) Bau4-3156/81 Sanierung des Waffenfabriksteges.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie zur Gemeinderatsitzung. Mein Gruß gilt auch den anwesenden Vertretern der Beamtenschaft und der Presse. Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit durch die Zahl der anwesenden Gemeinderäte gesichert ist. Wir können damit in die Tagesordnung eingehen. Als Protokollprüfer für heute werden vorgeschlagen die Herren Gemeinderäte Pimsl und Seidl. Ich sehe, daß beide Herren damit einverstanden sind. Danke. An Entschuldigungen liegen insgesamt 8 vor. Es sind dies Frau Stadtrat Kaltenbrunner, die Herren Gemeinderäte Lang, Leithenmayr, Radler, Stadtrat Fürst, die Gemeinderäte Sablik, Mausz und Hochrather. Die Beschlußfähigkeit ist dennoch gesichert. Anfragen liegen heute keine vor und wir können daher zum nächsten Punkt überleiten, es sind das Mitteilungen meinerseits.

Dazu bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben, um ein Gedenken vorzunehmen. Wir haben der traurigen Pflicht Genüge zu tun, an drei ehrenwerte Persönlichkeiten von Steyr zu denken. Und zwar an den ehemaligen Werksdirektor Herrn Dr. Hans Kurz, der bekanntlich längere Zeit im Gemeinderat tätig war. Dr. Hans Kurz ist im 74. Lebensjahr stehend verstorben. Er beteiligte sich maßgeblich am Aufbau in den ersten Stunden hier in der Gemeindefarbeit und auch in den Steyr-Werken in den Nachkriegsjahren. Er war Mitglied unseres Gremiums in der Zeit von Oktober 1949 bis November 1952. Er gehörte der Fraktion der Österr. Volkspartei an und war bekannt als sehr konzilianter, umgänglicher Mensch. Sein konstruktives Wirken legte er insbesondere zutage im Finanz- und Rechtsausschuß. Mit ihm stand gerade in diesen Fragen ein versierter Mitarbeiter zur Verfügung. Dr. Kurz übernahm in der Folge Funktionen im Steyr-Daimler-Puch-Konzern, insbesondere als Direktor der Kromag-Hirtenberg, später übersiedelte er nach Steyr als kaufmännischer Werksdirektor im Hauptwerk. Auch seinen Ruhestand verbrachte er in unserer Stadt. Seine Aktivitäten auch als Präsident des Rotary-Club in Steyr und im Kontakt mit anderen Clubs sind besonders hervorzuheben. Wir bedauern seinen Heimgang, denn die Gespräche mit Dr. Kurz waren immer sehr amikal und er hatte großes Verständnis, weil auch er in seinem Familienleben manche persönliche Schläge erleiden mußte.

Wir haben überdies noch zweier Ehrenmedaillenträger zu gedenken, es sind dies Hofrat Dipl. Ing. Hermann Goldbacher und Prof. Friedrich Eggermann.

Für Prof. Goldbacher habe ich namens des Gemeinderates eine offizielle Würdigung bei den Bestattungsfeierlichkeiten ausgesprochen. Infolge familiärer Umstände war es nicht möglich, auch am Begräbnis von Prof. Eggermann teilzunehmen. Beide haben kraft ihrer Verdienste durch Sie die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen bekommen und sollen in unserer Erinnerung erhalten bleiben.

Wir werden den drei Genannten ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen und bitte Sie gleichzeitig, die Plätze wieder einzunehmen.

In der üblichen Folge meiner Berichte an Sie möchte ich mich zunächst in Anbetracht der Bedeutung der Arbeitsmarktsituation widmen. Wie Sie wissen, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenwärtig nicht mehr so erfreulich wie vor einem oder einem halben Jahr. Wir müssen daher auch bei unseren Vorhaben für das kommende Jahr sehr strenge Maßstäbe in der Wirksamkeit auf der Arbeitsmarktseite anlegen. Ich bin gegenwärtig bereits in den Abteilungsverhandlungen mit den Vorständen zur Budgetvorbereitung begriffen. Bedauerlicherweise ist Stadtrat Fürst krank geworden, sodaß ich diese Aufgabe momentan selbst übernehmen muß. Die sinkenden Einnahmen sind deutlich erkennbar auf der Lohnsummensteuerseite und wir hoffen, daß die nächstjährige Aufstockung des Personalstandes bei BMW unter Umständen gewisse Ausgleiche bringen kann, ebenso wie die Lohnrunde, die im Anlaufen begriffen ist, jenen Ausgleich herbeiführen kann, daß wir zumindest die Ansätze in dieser Frage wie für das laufende Rechnungsjahr geben können.

Das nur als Einblick in das Verfahren, als Einblick in die kommenden Ereignisse.

Wir werden auch bei unserem Bemühen mehr noch als bisher bestrebt sein müssen, jene Wünsche besonders zu begutachten, die Dauerlasten nach sich ziehen. Ich denke

daran, daß manche Gemeinden nahe dem Bankrott sind, weil sie unbedingt eine Schule brauchten, die nur halb voll ist, ein Hallenbad oder eine andere Einrichtung, die nicht mehr zu betreiben ist und die nur mehr mit beträchtlichen öffentlichen Unterstützungen des Landes oder Bundes aufrecht zu erhalten sind. Wir haben bei uns – wie Sie wissen – vor, 16 Millionen Schilling von jetzt an bis zur nächsten Badesaison in die Erneuerung unserer Stadtbadeinrichtungen einzubringen und glauben, damit für die Bevölkerung auf diesem Gebiet der Freizeiteinrichtungen eine Verbesserung zu schaffen, die nutzbar ist.

Die Fraktionen bitte ich schon heute – das ist zwar ein verfrühter Aufruf, aber er kann nicht früh genug kommen – bei ihren Vorstellungen und Wünschen, die der Ergänzung dieses Entwurfes dienen, alle diese Aspekte mit einzubeziehen in ihre Überlegungen.

In den einzelnen Branchen ist die Metallwirtschaft nicht mehr so sicher, wie sie noch vor einem halben Jahr geschienen hat, Sie wissen von den 200 Kündigungen in den Steyr-Werken. Trotzdem ist dort noch einigermaßen eine gewisse Stabilität nach außen hin sichtbar. Wie es weitergehen wird, ist gegenwärtig nicht erkennbar. Schwierigkeiten gibt es in der Wälzlagererzeugung der Steyr-Werke. Die Möglichkeiten, die mir als Bürgermeister zur Verfügung stehen, wende ich stets an bei allen Besuchen bei Landes- und Bundespolitikern. Es war das so bei Landesrat Winetzhammer in der Vergangenheit, wie auch bei Landesrat Leibenfrost. Wir erwarten heuer noch einen Besuch des in Kürze zu kürenden Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Grüner, der das Gemeindereferat übernehmen wird und für uns ein wichtiger Gesprächspartner ist.

Ich glaube aus dieser Blickrichtung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation ist immer mehr die Wichtigkeit unserer Stützungsmaßnahmen zur Gründung des BMW-Betriebes erkennbar. Es wird kaum jemanden geben, der heute noch daran zweifelt, daß die von uns beschrittenen Wege richtig waren.

Die Bauwirtschaft ist wie immer dem Herbst bzw. Winter zu in gewissen Sorgen. Allerdings unsere Aufträge von der öffentlichen Hand, insbesondere die von der Gemeinde, in der Stadt und im engsten Raum Steyrs sollen eigentlich mithelfen, gewisse Absicherungen zu geben.

Ein kleiner Hinweis noch, daß die Stadtkapelle, unter der Leitung von Vizebürgermeister Schwarz, kürzlich einen Besuch in der Schwesterstadt Kettering abgehalten hat. Der Erfolg war enorm groß, die Konzerte haben ein sehr großes Echo erfahren.

Gegenwärtig sind wir dabei, über das Bauamt ein Radwegenetz auszuarbeiten, der Auftrag ist bereits ergangen. Wir werden diesbezüglich noch in einer Informationssitzung beschäftigt werden.

Der Untere Schiffweg ist fertig, was die Sicherungsmaßnahmen betrifft. Es gibt gegenwärtig noch Schwierigkeiten bei der Wegdeckensanierung, hier gibt es Differenzen zwischen Bauamt und Baufirma. Das soll uns aber nicht hindern, daß wir, wenn es nicht in kürzester Zeit zu einer Lösung dieser Frage kommt, den Weg seiner Bestimmung für die Öffentlichkeit übergeben. Dazu wird an Sie zeitgerecht eine Einladung ergehen.

Der Lauberleitenweg hat insofern eine Verzögerung gebracht, als die Kosten dafür auf Grund der örtlichen Besichtigungen und der örtlich notwendigen Maßnahmen höher gestiegen sind als ursprünglich geplant. Es mußten mehr Absicherungen gemacht werden, sodaß bis Oktober zu hoffen ist, daß auch dort alle Arbeiten abgeschlossen sind und dann dieser Weg ebenfalls zur Verfügung steht als Rad- und Wanderweg.

Die rechtsufrige Fertigstellung des Weges auf der Kanalstrecke ist geschehen, wir können nunmehr, von Münichholz ausgehend flußaufwärts, vom Pumpwerk der Steyr-Werke bis zum Schiffmeisterhaus gelangen. Dort müssen wir allerdings noch ein Geländer anbringen, so schreibt es das Gesetz vor, wenn wir diesen Weg als Radwanderweg benützen wollen. Die Arbeiten dazu sind bereits im Gange.

Fußgeherunterführung Blümelhuberstraße, dazu möchte ich berichten, daß unsere Wünsche terminlich nicht in Erfüllung gehen. Die Schwierigkeiten, die bei den Be-

handlungen, die wir intern durchgeführt haben, aufgezeigt wurden, sind nun tatsächlich aufgetreten. Das Rohr- und Leitungsnetz muß erst genau durchforstet werden, es ist daher nicht möglich, heuer noch mit den Bauarbeiten der Unterführung selbst zu beginnen, sondern heuer werden noch die Untersuchungen fortgesetzt, um alle Stränge genau zu erfassen. Im kommenden Frühjahr wird mit dem Bau dieser Unterführung begonnen. Die Bedenken, die in dieser Richtung mehrmals angezeigt wurden, sind doch eingetreten, gegen die Meinung mancher Fachleute.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß wir mit Bautenminister Sekanina sehr häufig wegen der Nordspange in Kontakt sind. Ein neuerlicher Besuch kürzlich seinerseits im BMW-Werk war mit einem Gespräch in diesem Haus verbunden über unsere Pläne, was die Verbreiterung und Sanierung der Haratzmüllerstraße Richtung Bad betrifft, die Fortsetzung zur Haager Straße über die Enns zur Einbindung in die S 37. Hier habe ich einen Brief vom 23. August vorzulesen, in dem mir der Bautenminister schreibt: "Werter Herr Bürgermeister, lieber Freund! Zu den wiederholten Anfragen der Stadt Steyr darf ich, auch unter Bezugnahme auf meine Zwischenantwort bestätigen, daß in dem noch im August d. J. der Bundesregierung zuzuleitenden Entwurf einer Bundesstraßengesetznovelle 1982 die Aufnahme der Nordspange Steyr als Bundesstraße B 122 a Voralpenstraße, Abzweigung Steyr, mit der Streckenbeschreibung Steyr (S 37) - Steyr-Münichholz B 122, enthalten ist. Damit ist ein sehr wichtiger Schritt gemacht, damit auch die folgenden Planungen und überhaupt alle rechtlichen Voraussetzungen getroffen werden können, die zur Errichtung dieses Straßenzuges notwendig sind.

Heute hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen der Übergabe eines Musterhauses der Steyr-Werke im Eysnfeld mich davon zu überzeugen, daß dieses Werk sehr gut gelungen ist. Es waren einige der hier Anwesenden auch dabei und ich kann sagen, wenn es gelingt - die Steyr-Werke haben jedenfalls die Absicht, im Laufe der nächsten Zeit 14 Millionen Schilling zur Erneuerung dieser Eysnfeldhäuser aufzuwenden - nach diesem Musterhaus weitere Häuser zu sanieren, dann ist ein sehr wesentlicher Schritt zur Erneuerung, zur Verbesserung der Wohnungs- bzw. Haussubstanz, aber auch für die Verjüngung der Bevölkerung in diesem Bereich gegeben. Ich glaube also, daß diese Schritte ganz eindeutig darauf hinweisen, wie ernst man es mit der Erneuerung des Wehrgrabens, und zwar tatsächlich mit Leistungen und nicht mit Phrasen, nimmt. Ergänzend dazu noch der Hinweis, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Die von mir erhobenen Aktivitäten in jenem Teil des Wehrgrabens, der nicht den historischen Teil betrifft, wo bekanntlich die Möglichkeiten derzeit nicht gegeben sind, nehmen schon ein beträchtliches Ausmaß an. Wenn wir absehen davon, daß die Fortsetzung des Schulbaues rüstig voranschreitet, ist dort auch ein Kanal in einer Größenordnung von rund 800.000 Schilling errichtet worden. Der Zugang zum Kinderspielplatz - ein alter Wunsch der Wehrgrabler - ist auch mit einem Kostenaufwand von 60.000 Schilling fertiggestellt. Die Errichtung des Rollschuhplatzes, geplant mit einem Kostenaufwand von 371.000 Schilling, wird nächste Woche begonnen und soll in sechs Wochen fertiggestellt sein. Darüberhinaus liegt Ihnen heute ein Antrag vor zur Sanierung des Waffenfabriksteges im Ausmaß von rund 900.000 Schilling und das St.-Anna-Wehr wird ebenfalls erneuert. Hier sind 880.000 Schilling notwendig. Über diese Beträge und Maßnahmen wird noch die Beleuchtung in diesem Bereich des Wehrgrabens verbessert, sodaß alles in allem heuer allein mindestens 2,5 Millionen Schilling - ganz abgesehen vom Schulbau - in diesem Bereich des Wehrgrabens eingesetzt werden, um die Struktur zu erneuern.

Für 1983 werden Sie zweifelsohne auch befaßt werden mit der Verbesserung von Straßendecken und Gehsteigen und natürlich auch mit dem Beginn der Planung und dem Baubeginn eines Mehrzwecksaales bzw. eingebunden - mit dem Einverständnis mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst - auch eines Turnsaales für die Kindergärtnerinnenschule.

Soweit meine Berichte und Hinweise an Sie. Ich hoffe, daß damit der Beweis erbracht ist, daß mit einer intensiven, konstruktiven Arbeit viel mehr geschehen ist als nur mit Phrasen allein.

Nun schreiten wir zur Behandlung der Tagesordnung. Vorher ist noch die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Gemeinderates notwendig, und zwar gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes. Hier darf ich wiederum darauf verweisen, daß diese Akten des Stadtsenates Ihnen zeitgerecht vor den jeweiligen Sitzungen zugeleitet wurden. Es bedarf daher nur eines Berichtes meinerseits, daß diese Akten beschlossen wurden. Damit gehen wir in die Verhandlungsgegenstände ein und dazu bitte ich Kollegen Schwarz, während meines Berichtes den Vorsitz zu übernehmen.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, nach vielen Jahren von Uneinigkeit, von Überlegungen und von Erledigung offener Fragen ist es nunmehr so weit, daß wir zur Sanierung der Gedenkstätte für die Kriegsoffer, für die Opfer des Zweiten Weltkrieges bei der Stadtpfarrkirche schreiten können. Im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden wurde diese Frage schon längere Zeit vorbesprochen, und zwar auch mit der Genehmigung seitens der Fraktionssprecher, schon vor dem heutigen Beschluß des Gemeinderates mit dem Bauwerk beginnen zu können, damit wir noch vor Allerheiligen bzw. Allerseelen eine fertige Gedenkstätte zur Verfügung haben. Hätten wir bis heute gewartet mit diesen Aufträgen, wäre das nicht möglich gewesen. Ich darf nochmals daran erinnern, daß daran gedacht ist, ohne Namensnennung, in Form eines Steinkubus eine Gedenkstätte für alle Opfer des 2. Weltkrieges zu errichten. Und daß diese Gedenkstätte nicht nur an jene Gefallenen, die im Krieg um das Leben gekommen sind, mahnen soll, sondern auch an jene Opfer, die im Zuge der Kriegseignisse in anderer Form ihr Leben lassen mußten, ebenfalls zu gelten hat. Wir werden damit auch den Brucknerplatz einer Sanierung unterziehen und es wird auch die Westfassade der Stadtpfarrkirche im Zuge der späteren Absicht einer Gesamtanierung des Gebäudes mit in die Arbeit einbezogen. Aus diesem Grund, den ich zitiert habe, darf ich Ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen:

1) Ges-4845/79

Sanierung und Erweiterung der Gedenkstätte für die Opfer des Krieges und Renovierung des Westwerkes der Stadtpfarrkirche bzw. Ausgestaltung des Brucknerplatzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 7. 1982 werden im Zusammenhang mit der Sanierung und Erweiterung der Gedenkstätte für die Opfer des Krieges und der Renovierung des Westwerkes der Stadtpfarrkirche sowie der Neugestaltung des Brunnenumgriffes beim Brucknerplatz nachstehende Aufträge vergeben:

- |  |              |
|--|--------------|
| 1) Baumeisterarbeiten: Firma Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von      | S 703.162,-- |
| 2) Spengler- und Dachdeckerarbeiten: Firma Wittner, Steyr, zum Preise von    | S 312.962,-- |
| 3) Steinmetzarbeiten: Firma Buric, Steyr, zum Preise von                     | S 314.375,-- |
| 4) Sanitäre Installationsarbeiten: Firma Schlossgangl, Steyr, zum Preise von | S 43.965,--  |
| 5) Elektroinstallationsarbeiten: Firma Kammerhofer, Steyr, zum Preise von    | S 21.551,--  |
| 6) Schlosserarbeiten: Firma Weichselbaumer, Steyr, zum Preise von            | S 75.549,--  |
| 7) Grünanlagen: Firma Weigelia, Linz, zum Preise von                         | S 31.632,--  |
| 8) Malerarbeiten: Firma Seywaltner, Steyr, zum Preise von                    | S 5.000,--   |
| 9) OÖ. Kraftwerke AG, Baukostenzuschuß                                       | S 5.220,60   |
- Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 50.000,-- (Schilling fünfzigtausend)

bei VSt 5/3620/500 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von  
S 1,464.000,-- (eine Million vierhundervierundsech-  
zigtausend)

bei derselben Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Entnahme von Rücklagen zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bürgermeister Weiss hat schon darauf hingewiesen, daß wir Vorbesprechungen geführt haben mit den Fraktionsobmännern. Die Kommunistische Fraktion stimmt jetzt auch offiziell der Sanierung und Erweiterung der Gedenkstätte für die Opfer der zwei imperialistischen Kriege zu. Das neue Mahnmal vor der Stadtpfarrkirche mit der Inschrift "Frieden - Freiheit" soll an hunderte von Opfern unserer Heimatstadt Steyr erinnern und eine Mahnung für die Zukunft sein. Männer wurden je bekanntlich in fremden Ländern getötet oder zu Krüppeln geschossen, Frauen und Kinder durch Bomben auf unsere Stadt ermordet, mutige Männer und Frauen unserer Stadt verloren ihr Leben im Kampf für Freiheit und Demokratie im Jahre 1934, im Kampf gegen Faschismus in den Jahren von 1938 bis 1945. Sie wissen auch, im Steyrer Krematorium wurden im Auftrag der SS-Kommandantur Mauthausen von September 1938 bis Mai 1945 4.585 politische Häftlinge aus vielen Ländern Europas eingäschert und namenlos im Urnenfriedhof beigesetzt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese Gedenkstätte "Frieden - Freiheit vor der Stadtpfarrkirche soll auch in Zukunft den Menschen unserer Stadt ins Gedächtnis rufen, daß heute bereits alle Menschen der Erde 50 mal umgebracht werden können mit den Atomwaffen, die derzeit in der Welt lagern. Wir in Europa sind dabei besonders gefährdet, weil unser Kontinent am direktesten von Atomwaffen übersät ist. Daher soll meiner Meinung nach bei der feierlichen Enthüllung der Gedenkstätte das Bekenntnis für Entspannung und Sicherung des Friedens abgelegt werden. Wir Gemeinderäte von Steyr sollten alle Initiativen unterstützen, die für Abrüstung in West und Ost sowie für die Ächtung der Massenvernichtungsmittel eintreten, die den Bestand der Menschheit entschieden bedrohen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Es ist das nicht der Fall. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke für den Bericht und gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erledigung dieses Punktes. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schwarz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 6 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Im ersten Antrag geht es um eine Regulierung der Tarife für die Benützung der Sporthalle Tabor.

Meine Damen und Herren, die Sporthalle Tabor wurde im Jahre 1970 eröffnet und seit diesem Jahr wurden die Tarife für die Benützung dieser Sporthalle nicht geändert. Ich darf darauf hinweisen, daß sich im gleichen Zeitraum, also von Jänner 1970 bis Jänner 1982 der Verbraucherpreisindex um 106,1 Punkte nach oben verändert hat und ich darf darauf hinweisen, daß wir natürlich in dieser Zeit viele Reparaturen, Instandsetzungen usw., durchführen mußten. Ich möchte auch anführen, daß wir diese Veränderung im Stadtsportausschuß behandelt haben, mit den Kollegen aller Dachorganisationen das besprochen wurde und daß auch die Zustimmung dieses Gremiums gefunden wurde. Ich darf Sie daher bitten, diese Veränderungen, die unbedingt erforderlich sind, zu beschließen.

Ich glaube, es hat jeder den entsprechenden Amtsbericht vorliegen, wenn es gewünscht wird, trage ich aber selbstverständlich gerne die neuen Tarife vor. Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, daß wir besonders bei jenen Tarifen für Sportvereine, die für die Ausübung ihrer Sportart unbedingt die Halle benötigen, besonders darauf geachtet haben, daß die Anhebung wesentlich geringer wie bei den übrigen Sparten ausfällt. Es handelt sich hier um eine Anhebung von 50 auf 70 Schilling. Außerdem darf ich darauf hinweisen, daß wir neu einführen eine Miete für die Benützung der Lautsprecheranlage. Es hat sich herausgestellt in den abgelaufenen 10 Jahren, daß gerade in diesem Zusammenhang sehr hohe Reparaturkosten bei vielen Veranstaltungen anfallen. Ich bitte also um Verständnis, und darf Ihnen den entsprechenden Antrag vorlesen.

## 2) Sport-1250/82

### Sporthalle Tabor; Regulierung der Tarife.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA IX vom 30. 4. 1982 wird die in der Anlage beigeschlossene Neufassung der Tarifordnung für die Benützung der Sporthalle Tabor genehmigt. (BEILAGE A)

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Preisangleichungen, Tarifregulierungen, oder wie auch sonst immer sie bei Teuerungsmaßnahmen umschrieben werden, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sind für alle Beteiligten zweifellos eine nicht gerade angenehme Sache. Für jene, die sie beschließen, zu einem wesentlich geringeren Anteil, als für alle anderen, die diese Verteuerungsmaßnahmen dann zu bezahlen haben. Man könnte sich jetzt sehr einfach machen und kategorisch alle Anträge auf Preiserhöhung ablehnen. Diesen einfachen Weg aber wollen wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht beschreiten und der Sache doch etwas näher auf den Grund gehen. Im vorliegenden Fall, bei diesem Antrag also, sollen in Zukunft Sportvereine, Personengruppen, also jene, die einer sinnvollen Freizeitgestaltung nachgehen, im verstärkten Ausmaß zur Kasse gebeten werden. Aus dem Amtsbericht geht hervor - Vizebürgermeister Schwarz hat das soeben auch erwähnt - daß seit 1970 diese Tarife nicht verändert wurden. Nun, meine Damen und Herren, kann ich allen Verantwortlichen einige Vorwürfe und Kritiken nicht ersparen. In diesem Zeitraum von 12 Jahren hätte man mehrmals die finanzielle Situation in diesem Bereich überprüfen sollen und eben, wenn es notwendig gewesen wäre, in wesentlich geringerem Ausmaß als heute Erhöhungen durchführen können. Dann hätte man sich eines ersparen können, daß man eine derartig große Tarifierhöhung heute hier beschließen muß und man hätte auch wesentlich mehr Verständnis von den Betroffenen erwarten können. Es ist einfach nicht einzusehen, daß einerseits Personengruppen, die einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung einer gesundheitsfördernden Freizeitbeschäftigung nachgehen, in verstärktem Ausmaß zur Kasse

gebeten werden, und daß auf der anderen Seite die Stadtgemeinde Steyr dem Verein "Jugendcenter" eine jährliche Unterstützung von 350.000 Schilling gibt. Die Vorfälle dort haben schon mehrmals die Bevölkerung von Steyr beunruhigt und wie man aus Pressemeldungen erfahren kann, dessen Leistungen wesentlich eingeschränkt werden, nämlich in der Form, daß in Zukunft nur mehr ein Jugendleiter dort tätig sein wird und das nur mehr zweimal im Monat an Sonntagen dieses Jugendzentrum geöffnet sein wird. Die Stadt Wels war jedenfalls wesentlich besser beraten, als sie ihre Förderungen in der Höhe von 50.000 Schilling – ich betone 50.000 Schilling – sofort eingestellt hat, als ähnliche Vorfälle, wie sie hier in Steyr stattgefunden haben, bekannt wurden.

Meine Damen und Herren, ich bringe dies deshalb in Zusammenhang mit dem heute vorliegenden Antrag, weil ich seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion bei der Sitzung des Gemeinderates im Februar 1981, als es bei diesen vertraglichen Vereinbarungen, die ich als dubios bezeichnen muß, zu einer Debatte im Gemeinderat geführt hat, bei der ich bereits gesagt habe, es wäre wesentlich sinnvoller, man würde diese 350.000 Schilling jährlich sporttreibenden Vereinen zur Verfügung stellen. Das war ein guter Vorschlag, wie es der heute vorliegende Antrag beweist, denn man steht offenbar vor der Tatsache, diesen Betrieb nicht weiterführen zu können, wenn man nicht derart erhöhte Maßnahmen jetzt beschließt.

Meine Damen und Herren, das sind jedenfalls die Gründe, die mich veranlassen, seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? Der Referent will dazu kurz Stellung nehmen.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, es mutet etwas eigentümlich an, Kollege Eichhübl, daß wir im Gemeinderat einen Vorwurf bekommen, daß 12 Jahre lang keine Erhöhung durchgeführt wurde, weil 12 Jahre lang dadurch die Sportvereine in den Genuß eines sehr günstigen Tarifes gekommen sind. Nach dem letzten Vorschlag, den Sie gebracht haben, müßten wir viel öfter erhöhen und nach diesem Vorschlag wären wir zweifellos in der Tarifordnung schon wesentlich höher.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber nicht um 100 %!

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn man das öfter macht, vielleicht sogar schon um 200 %! Ich glaube, daß die Sportvereine damit nicht schlecht gefahren sind.

Zur zweiten Sache, – man kann das zwar nicht vermischen – Jugendzentrum, muß ich sagen, daß wir das uns vorliegende Subventionsansuchen, über das wir auch einen Beschluß haben, auf Grund der Vorkommnisse und der vorübergehenden Einstellung des Jugendzentrums, noch nicht zur Auszahlung brachten, trotz mehrmaliger Urgenz. Hier erscheinen uns noch Überprüfungen erforderlich. Das kann ich dazu mitteilen zur Kenntnisnahme und ich darf versichern, daß genau geprüft wird, ob diese Subvention auch unseren und den Wünschen der Bevölkerung entspricht.

Ich darf bitten, Herr Bürgermeister, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Referent hat ausgesprochen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? (1 Gegenstimme – FPÖ-Fraktion). Der Sportausschuß hat hier einstimmig zugestimmt. Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist mit einer Gegenstimme beschlossen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, die Zentralheizungsanlage in der Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, ist erneuerungsbedürftig und ich bitte Sie, folgendem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben:

3) GHJ2-3834/82

Volksschule Wehrgraben; Erneuerung der Zentralheizungsanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 2. 7. 1982 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung von zwei Zentralheizungskesseln in der VS Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, nachstehende Aufträge vergeben:

1. Heizungsinstallationsarbeiten an die Fa. Kriszan, Steyr, zum  
Preis von S 326.152,--
2. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger, Steyr, zum  
Preis von S 50.803,--
3. Baumeisterarbeiten an die Fa. Prameshuber, Steyr, zum  
Preis von S 75.201,--

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von  
S 452.500,-- (vierhundertzweiundfünfzigtausendfünfhundert)  
bei der VSt 1/2110/6140 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat  
durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des  
Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, positiv zu bescheiden und auch die Dringlichkeitsklausel zu bestätigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag?  
Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Erneuerung eines  
Vertrages über das Verfügungsrecht von Heimplätzen zwischen der WIST Linz  
und der Stadt Steyr. Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

4) Ha-1547/82

Erneuerung des Vertrages über das Verfügungsrecht auf 10 Heimplätze der  
WIST Linz zwischen der Stadt Steyr und dem Verein Wirtschaftshilfe der Stu-  
denten Oberösterreichs.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der in der Anlage beigeschlossene Vertragsentwurf zwischen der Stadt Steyr und  
der WIST OÖ. wird genehmigt. Zur Bezahlung der 1. Teilrate von S 150.000,- wird  
eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 150.000,- (einhundertfünfzigtausend)

bei VSt 1/2890/7570 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch  
Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des  
Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es Wortmeldungen? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auf Grund des vorgelegten Erneuerungsvertrages von Vizebürgermeister Schwarz,  
wie er angeführt hat, erhält die Stadt Steyr nicht wie bisher 10 Einweisungsplätze,

sondern hat das Recht, 15 Heimplätze für 10 Jahre in den Hochschulheimen in Linz und Wien, also 10 in Linz und 5 in Wien. Die Stadt gibt dafür einen Betrag von 450.000 Schilling in zwei Jahresraten aus. Das heißt, heute beschließen wir die erste Rate für 1982, das sind 150.000 Schilling. Der Rest soll laut diesem Vertrag im Jahre 1983 mit einer Summe von 300.000 Schilling folgen. Im § 3 dieses Vertrages ist die WIST verpflichtet, die Heimbewohnungsgebühren jährlich der Stadt bekannt zu geben. In diesem Antrag von heute ist nicht bekannt, wie hoch die Heimbewohnungsgebühren sind, aber der Gemeinderat soll heute ohne Kenntnis der Höhe dieser Heimbewohnungsgebühren diese 150.000 Schilling freigeben. Ich glaube, daß auch hier ein Mangel vorliegt, man müßte das zumindest heute wissen bzw. müßte es in Zukunft erfolgen. Ich sehe auch einen weiteren Mangel in diesem Vertrag darin, daß der Gemeinderat auf die Höhe der Bewohnungsgebühren dieser Studentenheime keinen Einfluß nehmen kann, obwohl, wie schon angeführt, wir 450.000 Schilling aus unserer Stadtkasse für die Schülerheime geben.

Wie Ihnen sicher noch allen in Erinnerung ist, kam es bereits heuer im Juni zu einer 18 Tage langen Besetzung der Linzer Geschäftszentrale der WIST. Grund dafür war, daß die WIST-Direktion die Heimbewohnungsgebühren für einen 14 m<sup>2</sup> großen Raum auf 1.506 Schilling erhöhen wollte, allerdings mit der Begründung, das Land Oberösterreich hat die Subvention in der Höhe von 400.000 Schilling gekürzt. Ich habe selbst mit diesen Heimbewohnern, mit diesen jungen Studenten gesprochen – darunter auch mit Steyrern. – Durch diese Maßnahme haben sie zumindestens erreicht, daß sich die Landesregierung nachträglich bereit erklärte, diese 400.000 Schilling der WIST wieder zu gewähren. Damit meinten auch die Studenten, seien die bisherigen Heimbewohnungspreise garantiert. Es waren bis zu diesem Zeitpunkt sozial gestaffelte Heimbewohnungspreise zwischen 439,- Schilling und 1.455,- Schilling. Soweit mir bekannt ist, sind seit Anfang Juli durch Mitteilungen der WIST an alle Heimbewohner, das heißt an alle Studenten, Schreiben ergangen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß sie gekündigt seien, weiters daß sie im Herbst nur dann wieder einziehen könnten, – darunter befinden sich auch Steyrer Studenten – wenn sie Untermietverträge unterzeichnen. Unabhängig von der sozialen Bedürftigkeit muß der Student zwölfmal im Jahr plus Betriebskostenzuschlag bezahlen. Damit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wirbt die WIST, allen voran prominente SPÖ-Funktionäre, wie z. B. die Staatssekretärin Eypeltauer oder der Chef der Linzer Stadtbetriebe Zeitlhofer, daß Kindern von Arbeiter- und Angestelltenfamilien das Studium ermöglicht wird durch günstige Heimplätze.

Mir bleibt heute in diesem Forum nichts anderes übrig, als diesem Antrag zuzustimmen, mit der Kritik, die ich angeführt habe, und ich stimme auch dieser Förderung zu in der Hoffnung, daß bei weiteren Verhandlungen mit den Gewaltigen der WIST, die ich schon angeführt habe, vertraglich die Beeinflussungsmöglichkeit der Heimbewohnungsgebühren gewährleistet wird in Zukunft und daß man wieder zurückkommt zur sozialen Tarifgestaltung. Nur dann wird es in Zukunft möglich sein, daß wir diese gesicherten 15 Heimplätze auch tatsächlich in Anspruch nehmen können. Sie können sich ja selbst ein Urteil erlauben, wie vielen einfachen Menschen, Arbeitern und Angestellten, es möglich ist, für ein Bett, für einen Raum mit 14 m<sup>2</sup> mit den Betriebskosten weit über 2.000 Schilling monatlich zu bezahlen. Ich glaube, von sozial sei hier keine Rede. Wenn wir schon so viel Geld ausgeben, dann muß gesichert sein, daß wir ein bestimmtes Mitspracherecht bei der Gestaltung von sozialen Tarifen haben.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Gibt es noch eine Wortmeldung?

Darf ich nur kurz erwähnen, in der WIST bin auch ich vertreten. Ich war zwar noch bei fast keiner Sitzung, aber ich bin mit diesen Dingen etwas vertraut. Ich habe mir auch einmal das Wohnhaus der Studenten angesehen. Ich möchte sagen, es war ungefähr zwei Uhr nachmittags, die Abwäsche war voll mit Geschirr, es hat keiner abgewaschen, sondern jeder hat sich nur den Topf, den er gerade gebraucht hat, ausgeschwemmt und wieder verwendet. Die Betten waren ein wilder Haufen von Bett-

wäsche und Polstern, die Wohnung hat äußerst unaufgeräumt gewirkt. Gewohnt hat dort ein Paar ohne Trauring, so wie es heute in den Studentenheimen üblich ist, daß man wild zusammenzieht und sein gemeinsames Leben während der Studienzeit verbringt, um sich nachher wieder zu trennen. Es ist noch ein Weiteres zu berücksichtigen, auch das muß gesagt werden. Die Mitwirkungsrechte der Studentenvertretungen sind im Laufe der Jahre wesentlich ausgebaut worden, nur geht das schon so weit, daß sie heute allein schon auch der Stadt Steyr vorgeschrieben hätten, daß die Einweisungen, die wir machen, sie entscheiden werden, wer darankommt und wer nicht. Der Herr Magistratsdirektor ist gerade nicht hier, aber auch er weiß, daß wir uns ganz energisch dagegen verwehrt haben. So lange der Gemeinderat der Stadt Steyr diese Beschlüsse faßt und die Stadt Steyr diese Beträge bezahlen muß zur Förderung der Studenten, werden wir entscheiden, wer dort eingewiesen wird und wer in den Genuß der städtischen Förderung gelangen kann. Es können nicht irgendwelche Leute entscheiden, die gar keine Ahnung haben von Steyr und nicht wissen, wie die Umstände liegen, noch wie die Zusammenhänge sich ergeben. Ein dritter Umstand, der mich auch sehr bedenklich gemacht hat in dieser Frage, war, daß es eine unabdingbare Forderung der Studentenvertreter ist, von einer gewissen Seite, daß die Ausländer alle gleichen Förderungen bekommen müssen bei der Mietenfestsetzung wie die österreichischen Studenten. Da bin ich der Meinung, daß wir in erster Linie unsere eigene studierende Jugend als Stadt zu unterstützen haben, bevor wir an Algerier, Lybier oder an Perser oder Ägypter diese Förderungen geben. Ich möchte nicht darauf näher eingehen, was sich auf diesem Gebiet sonst noch an Nebenwirkungen, gerade durch diese Verwischungen schon ergeben hat und sicher noch ergeben wird.

Ich glaube, daß die Beteiligten an der Betreibung dieser Studentenheime überfordert wären, wenn allen Wünschen restlos stattgegeben würde. Eines dürfte sicher sein, wir sind interessiert – da spreche ich sicher im Namen des gesamten Gemeinderates – daß die Förderungen, die hier beschlossen werden, nur Steyrer Studenten zugute kommen und nicht irgendwelchen anderen Leuten. Das nur als Ergänzung, weil das den Eindruck erweckt, daß das im freien diktatorischen Ermessen der Leitung des Vorstandes obliegt, sondern das wird immer wieder mit den Studentenvertretungen, mit den Heimausschüssen sehr intensiv behandelt und besprochen. Wir haben sehr viele Mitwirkungsrechte erworben, die früher nicht im Raum gestanden haben. Kollege Treml hat sich zum zweiten Mal zu diesem Punkt gemeldet, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, ich bin kaum mißverstanden worden von Herrn Bürgermeister, ich wußte nicht, daß er auch diesem Vorstand angehört ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bedauerlicherweise!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, der Sinn war eigentlich festzuhalten, daß wir in Zukunft als Gemeinderat sicherlich wirken sollen, daß diese 10 – 15 Heimplätze mit Steyrern belegt werden können. Dazu ist es aber notwendig, daß man eine sozial gestaffelte Heimpreisregulierung einführt. Dadurch müßten wir Steyrer Vertreter mehr Einfluß nehmen und das war der Sinn meiner Rede. Nicht ob es Förderungen gibt für Ausländerstudenten, das stand bei meinem Beitrag nicht zur Debatte. Außerdem sind die Rechte der mitbestimmenden Studenten, auch der sozialistischen, denn das sind in Linz die Mehrheit, auch bei den Besetzern, das war auch die Mehrheit, wesentlich eingeschränkt seit diesem Herbst. Hier geht es nicht um Gestaltung oder Verwaltung des WIST-Heimes, dazu sind andere verantwortlich und nicht einzelne Studenten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Ich bitte Kollegen Schwarz um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, zu den Feststellungen des Kollegen Treml möchte ich anführen, daß im § 3 des Vertrages diese Dinge sehr wohl geregelt sind. Ich darf ihn zitieren: "Die Bezahlung des im § 2 festgesetzten Betrages" – also diese 450.000 Schilling – "sind keine Abgeltung der monatlichen Heimbenützungsgebühren". Das ist so weit klar. "Diese sind von den eingewiesenen Studenten selbst zu tragen. Die Berechnungsgrundlage der Heimbenützungsgebühr bilden sie Selbstkosten, die der WIST durch die Führung ihres Studentenheimes erwachsen (d. s. insbesondere Betriebskosten, Instandhaltungs- und Reinigungskosten, Aufwendungen für Betreuung und Verwaltung). Die Heimbenützungsgebühren sind der Stadt Steyr jährlich bekanntzugeben." Heute wird dieser Vertrag beschlossen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wie hoch sind die Heimgebühren?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die werden uns bekannt gegeben. Es steht dann außerdem noch, auch das möchte ich noch anführen, im § 5: "Die WIST räumt der Stadt Steyr das Recht ein, die widmungsgemäße Verwendung der im § 2 genannten Gegenleistung für die Überlassung des Einweisungsrechtes zu überprüfen. Dieses Recht kann durch Einsichtnahme in die Jahresrechnung der WIST, durch Überprüfung der Rechnungsbelege sowie durch Besichtigung an Ort und Stelle ausgeübt werden." Ich glaube, daß hier eine Sicherung eingebaut ist, daß wir als Subventionsgeber uns hier Rechte gesichert haben, und daß wir die ordnungsgemäße Gebarung des WIST-Heimes jederzeit überprüfen können durch unsere Organe. Ich glaube, hier ist kein Grund für irgend ein Mißtrauen. Ich finde auch den § 4 des Vertrages für sehr notwendig, nämlich daß das Einweisungsrecht des Subventionsgebers vertraglich gesichert ist. Die Subvention wird gegeben – das hat der Herr Bürgermeister schon angeführt – für Steyrer Studenten, denen soll das zugute kommen. Die Entscheidung kann nicht bei einem anderen Gremium liegen, wer dort hineinkommt, sondern liegt ausschließlich im Ermessen des Subventionsgebers. Ich glaube daher, daß dieser Vertrag seine Richtigkeit hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Verbesserung der Bestimmungen über die Zuerkennung einer Jubiläumszuwendung. Ich darf den Antrag des Stadtsenates verlesen:

5) Pers-594/82

Präs-134/75

Verbesserung der Bestimmungen über die Zuerkennung einer Jubiläumszuwendung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 40 (3) des Statutargemeinden-Beamtengesetzes, wird verordnet:

Der GR-Beschluß vom 27. 5. 1975 wird wie folgt geändert:

Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: "Hat der Beamte eine Dienstzeit von mindestens 40 Jahren vollendet, so kann ihm eine Jubiläumszuwendung in Höhe von zwei Dritteln der bei einer Dienstzeit von 45 Jahren vorgesehenen Jubiläumszuwendung dann gewährt werden, wenn er durch Versetzung in den zeitlichen Ruhestand aus dem Dienststand ausscheidet, sofern er nicht auf Grund eines Erkenntnisses der Disziplinarkommission oder Disziplinaroberkommission in den Ruhestand

versetzt wurde."

Diese Verordnung tritt mit 1. 7. 1982 in Kraft.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist angenommen. Danke. Wir kommen zum nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zur vorzeitigen Auszahlung eines Kaufpreisrestes im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag mit Ludmilla Niedermayr. Der entsprechende Antrag lautet:

6) ÖAG-2545/67

Kaufvertrag mit Ludmilla Niedermayr, Steyr;  
vorzeitige Auszahlung des Kaufpreisrestes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 7. 1982 wird der Auszahlung des noch ausstehenden Kaufpreisrestes aus dem Kaufvertrag vom 22. 11. 1977 betreffend die Schottergrube in Mitterdietach in Höhe von insgesamt S 504.000,- zuzüglich S 60.000,- als anteilige Abgeltung für die Wertsicherung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von  
S 564.000,-- (fünfhundertvierundsechzigtausend)

bei VSt 5/8400/0010 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe auch zu diesem Punkt keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht zu vermerken. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf der restlichen Siedlerparzellen auf den Hofgründen. Es handelt sich um vier Parzellen, die zu den üblichen Bedingungen vergeben werden.

7) Bau3-3956/81

Bau6-3957/81

Hofgründe, Ennsleite; Verkauf der  
restlichen Siedlerparzellen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 29. 7. 1982 wird der Abverkauf nachstehend angeführter Siedlerparzellen an folgende Kaufwerber zum Quadratmeterpreis von S 520,- zuzüglich S 30,- für Anliegerleistungen gemäß den durch den Gemeinderat vom 6. 7. 1982 festgelegten Verkaufsbedingungen genehmigt:

1) ÖAG-3047/82 Hager Günther, Steyr, Wagnerstraße 26, Parz. Nr. 197/5, Ausmaß 808 m<sup>2</sup>

2) ÖAG-3218/82 Ferdinand Hammerschmied, Steyr, Stelzhammerstraße 13, Parz. Nr. 231/15, Ausmaß 830 m<sup>2</sup>

3) ÖAH-3113/82, Pysz Franz, Steyr, Straße des 12. Februar, Parz. Nr. 230/2, Ausmaß 628 m<sup>2</sup>

4) ÖAG-1559/81 Kocher Josef, Steyr, Karl Marx-Straße 3, Parz. Nr. 230/1, Ausmaß 610 m<sup>2</sup>.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Antrag ist vorgebracht, gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Schwarz, nächster Berichterstatter ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag, der eine Verordnung beinhaltet, vorzutragen. Und zwar sind die Magistrate bzw. Gemeinden durch Erlaß der OÖ. Landesregierung aufgefordert worden, für die Schulen, in dem Fall für den Pflichtschulbereich, wo wir Schulerhalter sind, eine Brandschutzordnung zu erlassen. Noch dazu hat der Unterricht bekanntlicherweise bereits begonnen und so war es notwendig, auch beim Magistrat mit einer Dringlichkeit versehen, diese Brandschutzverordnung zu behandeln. Ich füge weiters noch hinzu, daß im Einvernehmen mit der Feuerwehr, mit den Schulen, Direktionen bzw. Brandschutzbeauftragten und mit der MA I federführend diese Verordnung in mehreren Besprechungen, Sitzungen und Stellungnahmen aufgestellt wurde und sie nun antrags- und beschlußreif Ihnen zur Vorlage gebracht wird. Ich betone allerdings ausdrücklich, daß die Erlassung dieser Verordnung für den Magistrat bzw. für die Gemeinde logischerweise Folgekosten nach sich ziehen wird, insbesondere was die Installierung der vorgeschriebenen und unbedingt notwendigen Alarmanlagen betrifft. Aber aus Gründen der Sicherheit glaubt man annehmen zu können, daß die dafür aufgewendeten Gelder auch sinnvoll angewendet werden.

Der Wortlaut, meine geschätzten Damen und Herren, dieser Verordnung ist Ihnen bekannt. Ich würde mich, so Sie es wünschen, bereiterklären, diese vollinhaltlich vorzutragen. Ich weiß aber, daß Sie mit der Materie vertraut sind und bitte Sie, den entsprechenden Antrag beschlußmäßig zur Kenntnis nehmen zu wollen, welcher lautet:

8) Schu-1780/82

Erlaß

Brandschutz in Schulen; Erstellung  
einer Brandschutzordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA I vom 16. 7. 1982 wird die in der Anlage beigeschlossene Brandschutzordnung, gültig für alle Steyrer Pflichtschulen, deren gesetzlicher Schulerhalter die Stadt Steyr ist, genehmigt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE C)

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe dazu keine Wortmeldung. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen? Niemand. Der Antrag ist angenommen.

Danke. Anstelle des erkrankten Stadtrates Fürst bitte ich Kollegen Kinzelhofer um den Vortrag der nächsten 8 Punkte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER anstelle des abwesenden Stadtrates Rudolf Fürst:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen 8 Anträge des Stadtsenates für den erkrankten Stadtrat Fürst vorzutragen.

Der erste Antrag betrifft die Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des Reinhaltverbandes. Der Antrag lautet:

9) Wa-5450/75

Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des RHV; Projektierungsarbeiten für den NS C 2, NS C 4 und NS C 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. Juni 1982 werden im Zusammenhang mit der Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des Reinhaltverbandes nachstehende Aufträge vergeben:

1. Projektierungsarbeiten für den NS C 2 an das Ingenieurbüro Flögl  
zum Preis von S 240.000,- exkl. USt
2. Projektierungsarbeiten für den NS C 4 an das Ingenieurbüro  
Warnecke zum Preis von S 102.000,- exkl. USt
3. Projektierungsarbeiten für den NS C 5 an das Ingenieurbüro Spirk  
zum Preis von S 240.000,- exkl. USt

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 582.000,- (fünfhundertzweiundachtzigtausend)

werden bei VSt 9/----/2796 als Vorfinanzierung für den RHV freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es wird keine gewünscht. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, einstimmiger Beschluß.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft wiederum die Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des RHV, und zwar Projektierungsarbeiten für den NS A 5 und NS D 3 (Rest). Der Antrag lautet:

10) Bau6-4105/82

Bau6-4120/82

Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des RHV; Projektierungsarbeiten für den NS A 5 und NS D 3 (Rest).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom 15. 7. 1982 werden im Zusammenhang mit der Erstellung von Kanaldetailprojekten für den Bauabschnitt 04 des RHV nachstehende Aufträge vergeben:

- 1) Projektierungsarbeiten für den Nebensammler A 5: Ingenieurbüro Dipl. Ing. Flögl zum Preise von S 456.685,-.
- 2) Projektierungsarbeiten für den Nebensammler D 3 (Rest): Dipl. Ing. Breinesberger zum Preise von S 137.562,84

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 594.300,- (Schilling fünfhundertvierundneunzigtausenddreihundert)

werden bei VSt 9/----/2796 als Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es eine Wortmeldung? Keine. Es wird abgestimmt. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft Hauptsammler C/1. und 2. Teil; Schiedsgerichtsverfahren Fa. Montana; Vergleich. Er lautet:

11) Bau6-1131/74

Hauptsammler C/1. und 2. Teil; Schiedsgerichtsverfahren Fa. Montana; Vergleich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 31. August 1982 wird dem Vergleichsangebot der Fa. Montana Baugesellschaft mbH, demzufolge der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung einen Teilbetrag der bestrittenen Schlußrechnungssumme in Höhe von S 962.095,- zu leisten hat und die Fa. Montana Baugesellschaft mbH sich dafür verpflichtet, auf sämtliche weitere Forderungen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zu verzichten, zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 962.095,-- (neunhundertzweiundsechzigtausendnullfünfundneunzig) werden bei VA-St. 9/----/2796 als Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung freigegeben. Für die Freigabe der Anwalts- und Schiedsgerichtskosten ist nach Feststehen deren endgültiger Höhe ein gesonderter Beschluß zu fassen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

12) ÖAG-2997/75

Stadtwerke

Wasserverband Region Steyr; Bauabschnitt 02; Darlehenszusicherung des BM für Bauten und Technik; Haftungsübernahme und Annahme der Darlehensbedingungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 26. 7. 1982 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr als Bürge im Sinne des § 10 Abs. 4 Wasserbautenförderungsgesetz in der Fassung der Novelle 1979, BGBl. Nr. 565, für die Rückzahlung samt Zinsen und Verzugszinsen des vom Wasserwirtschaftsfonds dem Wasserverband "Region Steyr", Färbergasse 7, 4400 Steyr, zum Bau einer Wasserversorgungsanlage gewährten Darlehens in der Höhe von

S 15,345.000,-- (fünfzehntausenddreihundertfünfundvierzigtausend) vorbehaltlich der gemäß § 71 des Statutes für die Stadt Steyr hierfür erforderlichen Genehmigung der Landesregierung zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

13) ÖAG-2997/75

Stadtwerke

Wasserverband "Region Steyr"; Bauabschnitt 01;

Landesförderung - Darlehensannahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 17. 8. 1982 verpflichtet sich die Stadt Steyr im Sinne der Erlässe des Amtes der OÖ. Landesregierung, Bau2-V-3105/25-1982/Atz/Re vom 6. 8. 1982 und Gem-71.615/13-1982-Se, für die Rückzahlung des vom Amt der OÖ. Landesregierung dem Wasserverband "Region Steyr" zum Bau der Wasserversorgungsanlage, Bauabschnitt 01, gewährten Darlehens in Höhe von S 643.434,-, vorbehaltlich der hierfür erforderlichen Zustimmung der OÖ. Landesregierung als Bürge zu haften.

Dieses Darlehen gliedert sich entsprechend der oben zitierten Erlässe in S 239.267,- durch die Abteilung Gemeinden und Sparkassen und S 404.167,- durch die Abteilung Wasserbau des Amtes der OÖ. Landesregierung. Als förderungswürdige Bausumme wurden durch beide Abteilungen des Amtes der OÖ. Landesregierung S 7.000.000,- anerkannt, wobei 20 % hievon durch Darlehen und Landeszuschüsse gefördert werden.

Ich ersuche auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Auch zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Nicht der Fall. Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um einen Förderungsbeitrag an die Fa. Vösl zur Asphaltierung des firmeneigenen Vorplatzes.

Sie kennen alle den Amtsbericht. Auf Grund eines im Jahre 1979 geführten Gespräches mit Landesrat Trauner ist das jetzt die Erledigung dieser Angelegenheit. Ich ersuche um Zustimmung.

14) Bau3-571/78

Fa. Vösl, Haager Straße; Asphaltierung des firmeneigenen

Vorplatzes; Förderungsbeitrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. 7. 1982 wird der Fa. Vösl, Haager Straße, aus der Gewerbeförderung eine Beihilfe von

S 175.000,-- (einhundertfünfundsiebzigtausend)

zur Asphaltierung des firmeneigenen Vorplatzes gewährt.

Im Hinblick auf den Umstand, daß die Förderungssumme tatsächlich getätigten Arbeiten entspricht, gelangt im gegenständlichen Fall die vom Gemeinderat beschlossene 20 %ige Kreditsperre nicht zur Anwendung. Es kommt daher der volle Betrag von S 175.000,- an die Fa. Vösl zur Auszahlung.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 175.000,- bei VA-St 5/7820/7760 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen. Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge

Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Nein. Enthaltungen? Keine.  
Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

15) Bau5-2450/82

Fa. Alfred Schmidt GesmbH, Steyr;  
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. 7. 1982 wird der Firma Alfred Schmidt GesmbH Prof. Anton-Neumann-Straße 8, 4400 Steyr, aus der Gewerbeförderung eine Beihilfe in Höhe von S 118.600,- gewährt.

Auf Grund der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre gelangt jedoch nur ein Betrag von S 95.880,- an die Firma Schmidt GesmbH zur Ausschüttung.

Dieser Betrag ist nicht an die Firma Schmidt auszubezahlen, sondern direkt auf deren Kanalschlußgebührenkonto beim Magistrat der Stadt Steyr umzubuchen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 118.600,-- (einhundertachtzehntausendsechshundert)

bei VSt 5/7820/7760 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklangentnahme zu erfolgen.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, auch hier einstimmiger Beschluß.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag lautet:

16) Ha-4757/82

Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer  
außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß dem Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 11. 8. 1982 wird der Stadtkapelle Steyr zur Ausfinanzierung einer Konzertreise nach Kettering/USA eine außerordentliche Subvention in Höhe von insgesamt

S 144.000,-- (einhundertvierundvierzigtausend)

gewährt, wobei die Aufbringung in folgender Weise zu erfolgen hat:

1. Als Vorgriff auf die laufenden Subventionen für die Jahre 1983 und 1984 erhält die Stadtkapelle Steyr einen Betrag von insgesamt S 40.000,-, welcher gemäß Beschluß des Gemeinderates nicht der 20 %igen Kreditsperre unterliegt.

2. Das Komitee für internationale Städtefreundschaften erklärt sich bereit, die für 1983 zu erwartende Subvention von S 60.000,- minus 20 % Kreditsperre, das sind netto S 48.000,- als Vorgriff der Stadtkapelle Steyr zur Verfügung zu stellen.

3. Die Stadtgemeinde Steyr gewährt der Stadtkapelle Steyr zweckgebunden zur Durchführung der Reise eine außerordentliche Subvention von S 70.000,-, wovon auf Grund der 20 %igen Kreditsperre ein Betrag von S 56.000,- zur Auszahlung gelangt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 47.000,-- (siebenundvierzigtausend)  
bei VA-St. 1/3220/7570 sowie ein Betrag von  
S 50.000,-- (Schilling fünfzigtausend)  
bei VA-St. 1/0630/7570 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von  
S 63.000,-- (dreiundsechzigtausend)  
bei VA-St. 1/3220/7570 und in Höhe von  
S 10.000,-- (zehntausend)  
bei VA-St. 1/0630/7570 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln bzw. Kreditvorgriff zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um die Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage auch dazu, ob jemand zu sprechen wünscht? Herr Kollege Schwarz bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, im Zusammenhang mit diesem Subventionsantrag erscheint es mir notwendig, danke zu sagen für die Unterstützung durch die Stadt, durch den Verein, durch das Schwesterstadtkomitee, für die großzügige Förderung. Ich darf mitteilen, daß insgesamt 56 Teilnehmer die Reise gut über die Runden gebracht haben, davon waren 36 aktive Musiker. Die gewährten Subventionen kommen natürlich, das ist auch im Amtsbericht angeführt, nur den aktiven Musikern zugute. Der Auftritt in Kettinging, die Musikkapelle ist dort dreimal in Erscheinung getreten, einmal bei einem Konzert waren 3000 Zuhörer und ich glaube, daß das eine schöne Zahl ist. Im Stadion von Kettinging wurde ein gemeinsames Konzert mit der Kettinginger Musikkapelle abgeführt. Dabei hat man 140000 Zuschauer gezählt. Einige Kollegen waren ja bereits einmal bei einem Labourday drüben, bei einer Parade, die volksfestartigen Charakter hat, waren etwa 150.000 Zuschauer. Das hat zwei Stunden gedauert und eine der Gruppen war die Stadtkapelle die allgemein einen guten Eindruck hinterlassen hat. Ich darf nochmals herzlich danken und glaube, daß das Auftreten der Kapelle, ohne jedes Problem und mit großem kulturellen Erfolg verbunden war.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen erfreulichen Bericht, den wir gerne als Gegenleistung für unsere Beschlüsse entgegennehmen. Damit ist das Referat Kinzelhofer abgeschlossen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen 5 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste betrifft die Saaßer Bezirksstraße, und zwar die Einreihung und Erklärung eines Geh- und Fahrweges als Ortschaftsweg, er lautet:

17) VerkR-5410/79

Saaßer Bezirksstraße - Einreihung und Erklärung  
eines Geh- und Fahrweges als Ortschaftsweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage befindliche Verordnung vom 22. Juni 1982 wird genehmigt.

(BEILAGE D).

Die Verordnung ist Ihnen allen zugegangen und ich darf sie als bekannt voraussetzen.

Ich bitte um Genehmigung bzw. Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es Einwände? Keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Nicht der Fall, somit einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Die nächste Verordnung darf ich ebenfalls als bekannt voraussetzen. Es handelt sich um die Verordnung zur Erklärung als Gemeindestraße des Straßenabstieges Tomitzstraße - Schwimmschulstraße. Der Antrag lautet:

18) Bau3-266/80

Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße;  
Erklärung als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend Erklärung des Straßenabstieges Tomitzstraße - Schwimmschulstraße als Gemeindestraße wird genehmigt. (BEILAGE E).

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu sehe ich keine Einwände. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim dritten Antrag darf ich Sie bitten, zwei Straßenbenennungen zu genehmigen.

19) Ges-15/82

Straßenbenennungen

a) im Bereich des Bauvorhabens "Hofergründe"

b) Marktflächenbenennung im Bereich des Resthofgebietes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 20. August 1982 erhalten die im Bereich des Siedlungsgebietes "Hofergründe" zu errichtende Straße die Bezeichnung

"Josef Fellingner-Straße"

und weiters die Marktfläche im Resthof (an der Siemens-Straße) die Bezeichnung "Sparkassenplatz".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herr Bürgermeister, wertige Damen und Herren des Gemeinderates!  
Schon im Zuge der Diskussion über die Benennung der Marktfläche oder des Marktplatzes im Resthof wurde von der KPÖ-Fraktion der Standpunkt vertreten, diesen Platz im Resthof nach dem verstorbenen Altbürgermeister Josef Fellingner zu benennen. Es ist daher erfreulich, daß uns heute der Antrag etwas abgeändert vorliegt, das heißt, daß man die Verdienste Fellingners dementsprechend würdigt beim Objekt Hofer-Gründe auf der Ennsleite, das allerdings noch nicht fertig ist. Aber man faßt zumindest jetzt schon den Beschluß im Gemeinderat. Josef Fellingners Verdienste für die Stadt Steyr werden im Amtsbericht sehr deutlich hervorgehoben. Auch ich möchte unterstreichen, daß Fellingners Verdienste für die Steyrer Arbeiterschaft immer von uns Kommunisten trotz politischer und ideologischer Meinungsverschiedenheiten immer anerkannt wurden. Ich glaube, bei

Josef Fellingner stand das Wort Solidarität immer sehr groß geschrieben und ich möchte mir erlauben, dem Gemeinderat einiges zu sagen bzw. den Amtsbericht ergänzen, denn über eine bestimmte Periode Josef Fellingners steht nichts drinnen. Bereits vor 50 Jahren war es Josef Fellingner, als es im Steyr-Werk zu Massenkündigungen kam; als junger Facharbeiter und damaliger Funktionär der sozialistischen Arbeiterjugend zu Betriebsratsobmann Gustl Moser und ließ sich anstelle eines Familienvaters mit Kindern auf die Kündigungsliste stellen und war darnach viele Jahre arbeitslos. Sie wissen ja, daß damals in Steyr die Arbeitslosigkeit sehr groß war und über 7.000 Menschen keinen Arbeitsplatz finden konnten. Als revolutionärer Sozialist wurde er bereits 1939 zur Hitler-Wehrmacht wider Willen gesteckt. Fellingner kam vor der Zerschlagung des Faschismus in die Steyr-Werke und mußte in der Rüstungsfabrik arbeiten. Auch zur schweren Zeit des Faschismus war Fellingner im Werk sehr mutig und unterstützte damals die Widerstandsbewegung und die politisch Verfolgten, insbesondere auch die, die im Konzentrationslager waren und im Werk arbeiten mußten. Josef Fellingner gehörte daher auch zu jenen Steyrer Arbeiterfunktionären der ersten Stunde, die bereits in den Maitagen 1945 mit dem Wiederaufbau der schwer zerstörten Stadt, insbesondere auch der Steyr-Werke begannen. Bereits am 16. Juni 1945 wurde er zum Sekretär der sozialen Hilfe Steyrs vorgeschlagen. Wenige Wochen danach war er im provisorischen Betriebsrat der Steyr-Werke tätig und gehörte dem ersten gewählten Gemeinderat der Stadt Steyr an, der nach der Zerschlagung der Demokratie im Jahre 1934 an, der am 14. September, also praktisch auf den Tag genau vor 37 Jahren, hier in diesem Saal seine erste Sitzung abhielt. Er wurde auf Grund seiner pädagogischen Fähigkeiten als ehemaliger sozialistischer Arbeiterjugend-Funktionär mit dem Aufbau der damals verlagerten Lehrwerkstätte im Steyrer Hauptwerk, im Betriebsrat, beauftragt und war seit 1. Oktober 1945 bis zu seiner Wahl vor genau 25 Jahren Leiter dieser Lehrwerkstätte. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, war es meine Auffassung, daß ein Mann, der so große Verdienste weitgehend ehrenamtlich für die Stadt und die Arbeiterschaft geleistet hat, es notwendig macht, nach diesem Mann eine Straße zu benennen, als Dank für seine Leistungen. Weniger freudig stimme ich heute der Benennung der Marktfläche im Resthof zum Sparkassenplatz zu, obwohl ich auch die finanziellen Zuwendungen der Sparkasse Steyr für soziale Belange der Stadt ganz offen anerkennen muß. Ich möchte in diesem Zusammenhang erinnern, daß es auch schon seit langer Zeit, ich glaube es ist 4 Jahre oder noch länger her, eine interne Vereinbarung aller Fraktionen im Gemeinderat gibt, daß man nach Möglichkeit auch einen Straßenzug oder geeigneten Platz nach dem ermordeten Arbeiterführer von Chile Dr. Allende benennen soll. Das möchte ich in diesem Zusammenhang in Erinnerung bringen. Vielleicht kann sich doch die Mehrheit des Gemeinderates in nächster Zeit dazu entschließen, auch diesem Versprechen nachzukommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium!

Die Verdienste des von uns gegangenen Altbürgermeisters Josef Fellingner sind ausreichend im Amtsbericht und jetzt in der Stellungnahme des Kollegen Treml gewürdigt worden, hier noch einen Zusatz zu machen, wäre ebenso vermessen wie überflüssig. Eine Bemerkung sei mir aber trotzdem gestattet. Ein Mensch, den ich persönlich so sehr geschätzt habe - und ich glaube, ich bin sicher nicht allein mit der Wertschätzung für den ehrenwerten Bürger unserer Stadt, der auch Bürgermeister war. Ein Mensch wie er hätte es sich eigentlich verdient, eine etwas bedeutungsvollere Straße als die Aufschließungsstraße in einem Siedlungsgebiet zu seinem Namen so quasi ins Patronat zu übernehmen. Wir werden natürlich als Volkspartei dem vorliegenden Antrag zustimmen, denn eine Ablehnung würde bedeuten, daß wir gegen die Straßenbenennung nach Fellingner wären. Mich wundert es nur ein wenig, daß die

große Fraktion hier im Rathaus sich nicht an die große Persönlichkeit Fellingner im Zusammenhang mit der Fläche im Resthof erinnert hat, wo doch im Amtsbericht zu entnehmen war, daß unter Fellingners Zeiten, zu der Zeit, wo Fellingner als Bürgermeister für die Stadt verantwortlich war, die grundsätzlichen Beschlüsse für den Resthof gefaßt wurden. Diese Überlegung vermissen ich persönlich und vermisst auch meine Fraktion von Seiten der Mehrheitspartei.

Hinsichtlich der Benennung als Sparkassenplatz erspare ich mir jede weitere Erwähnung, nicht wegen Befangenheit. Ich hätte halt gefunden, die Benennung zum Fellingnerplatz wäre dem Herrn Fellingner würdiger gewesen. Nichts desto trotz werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Danke. Meine Damen und Herren, die bisherigen Beiträge veranlassen mich, auch das Wort zu ergreifen und dazu bitte ich Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen.

**VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn jemand prädestiniert ist, die Arbeit und die Person des Bürgermeisters Fellingner, der hier im Bild auf uns herunterschaut, zu würdigen, dann steht mehr oder weniger mir als seinem Nachfolger diese Aufgabe zu. Ich entledge mich dieser Aufgabe deswegen sehr gerne, weil ich Fellingner nicht nur aus seiner Bürgermeistertätigkeit kenne, weil ich sein Wirken in den Steyr-Werken als Leiter der Lehrwerkstätte ausführlich gekannt habe und weil ich – das darf ich wohl jetzt auch sagen – in der Zeit vor 1934 als Mitglied der damaligen Kinderfreunde auch Fellingner als damaligen Jugendlichen namentlich und persönlich gesehen und gekannt habe, wenn auch nicht so gut wie später. Aus diesen Gründen können Sie mir glauben, daß meine persönliche Wertschätzung für sein Wirken aber auch für seine persönliche Haltung ungebrochen groß geblieben ist. Das ist heute keine Phrase, wie sie oftmals im nachhinein gesprochen wird. Warum wir Fellingner nunmehr mit einer Straßenbenennung bedenken, hat mehrere Gründe. Anläßlich der Diskussion über die Benennung des Platzes vor der Sparkasse im Resthof war der Wunsch der Sparkasse, als Stifter mehrerer großer Einrichtungen zum Jubiläum und der Folgewirkungen, diesen Platz als Erinnerung an diese Leistungen der Sparkasse namentlich zu widmen. Wir von der Mehrheitsfraktion waren doch auch der Auffassung, in Anbetracht der langjährigen Tätigkeit, der umfassenden Tätigkeit Fellingners, ist das ein zu kleiner Platz, um diesen diesem Mann zu widmen. Ich bin auch persönlich nicht ganz glücklich, daß wir auf den Hofer-Gründen eine Straße nach Josef Fellingner benennen, aber es bietet sich, wenn wir wert darauf legen, meine Damen und Herren – das ist aber unbestritten und ging aus den bisherigen Diskussionen hervor – das Wirken des Verstorbenen in Erinnerung zu behalten durch eine Namensgebung, dann müssen wir jetzt handeln. Wir können nicht zuwarten, bis wir vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren, ohne zu wissen, wie sich die Straßenausbauentwicklung in Steyr fortsetzt, eine gebührend große Straße zur Verfügung haben, die wir nach Fellingner benennen können.

Ich möchte daher in Anbetracht dessen – ich möchte das nicht ganz formell als Antrag einbringen – sagen, daß der Name Fellingner sehr wohl auch zu dieser Hofergrund-Siedlung paßt, und möchte daher vorschlagen, Ihre Genehmigung vorausgesetzt, daß wir diese Straße nicht Fellingner-Straße nennen, sondern den gesamten Komplex in Fellingner-Siedlung umbenennen. Ich glaube, das würde in mehrererlei Hinsicht dem Namen Fellingner gerecht werden. Er selbst war ein Siedler, der in den dürftigsten Zeiten ein Eigenheim schuf. Er war ein eifriges Mitglied des Siedlerverbandes. Fellingner war Nachfolger von Ing. Leopold Steinbrecher, nach dem der Steinbrecher-Ring benannt wurde. Also wäre auch in dieser Richtung eine Verbindung, daß dem

Nachfolger Josef Fellingner die Nachbarsiedlung namentlich gewidmet wird. Fellingner war ja der Wohnbau immer mehr oder weniger ein Steckenpferd in seinem ganzen Denken, was die Entwicklung der Stadt betrifft. Daher glaube ich, daß der Fellingnerplatz am Resthof wahrscheinlich nicht diese Gedankenverbindung herstellen könnte, als die Benennung einer gesamten Siedlung nach seinem Namen.

Schließlich und endlich gibt es noch eine vierte Querverbindung. Fellingner war seinem Wesen, seinem Herkommen nach, seinem Denken nach immer ein arbeitender Mensch und ein Arbeiter im Gedanken an die alte Sozialdemokratie. Die Ennsleite ist ein Wohnviertel, das sich inzwischen beträchtlich verändert hat gegenüber den damaligen Zeiten, aber sie hat immer noch Arbeiter als Hauptbewohnerschaft. Diese Nähe und die gedanklichen Querverbindungen glaube ich, berechtigen uns, diese Siedlung als Fellingner-Siedlung zu bezeichnen. Wenn Fellingner heute reden könnte und gefragt werden könnte, so bin ich überzeugt, daß er persönlich diesen Überlegungen voll zustimmen würde. Ich bitte auch zu bedenken, wir haben in der Waldrandsiedlung kleine Straßenzüge dem damaligen Vizebürgermeister Sieberer gewidmet, wir haben dem ehemaligen Bürgermeister Sichelrader eine Straße in der Waldrandsiedlung gewidmet und wir haben Stadtrat Huemer und Baumann ebenfalls einen Straßenzug in dieser Siedlung gewidmet. Wenn wir also eine gesamte Siedlung mit über 30 Einfamilienhäusern dem Bürgermeister Fellingner widmen, so glaube ich, sind mir nicht schlecht beraten. Wir hätten keine andere gleichgelagerte Möglichkeit, die seinem Wirken gerecht werden könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Ich frage, ob noch jemand zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort wünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Nachdem die zustimmenden Erklärungen vorliegen, darf ich annehmen, daß, nachdem die zustimmenden Erklärungen vorliegen,

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Vor der Abstimmung möchte ich ganz gerne einige Worte dazusagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja selbstverständlich. Ich darf annehmen, daß diese Anregung von Bürgermeister Weiss zunächst zur Kenntnis genommen wird. Ich danke.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Nur ein paar Worte von mir dazu. Nachdem ich wirklich die Freude und Ehre hatte, viele Jahre mit Bürgermeister Fellingner zusammenzuarbeiten, freut es mich wirklich ehrlich, daß erstens dieser Antrag erstens Anlaß zu solchen ehrenden Bemerkungen war. Ich hätte mich sicher nicht wohl gefühlt, das sage ich Ihnen jetzt auch ehrlich, wenn dieser Antrag in der zuerst genannten Version sang- und klanglos über die Bühne gegangen wäre, obwohl es nicht meine Angelegenheit von der politischen Seite her gewesen wäre, hier helfend einzugreifen.

Ich ändere mit Ihrer Zustimmung also den von mir gestellten Antrag dahingehend ab, daß ich Sie bitte, das gesamte Siedlungsgebiet Hofergründe als Josef-Fellingner-Siedlung zu bezeichnen.

Über den Sparkassenplatz brauche ich mich nicht mehr zu äußern. Ich bitte um die Genehmigung des abgeänderten Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist sicher sinnvoll, wenn wir das tun. Wer also damit einverstanden ist, die Hofer-Gründe als Josef-Fellingner-Siedlung zu bezeichnen, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich sehe schon die Einstimmigkeit und es erübrigt sich daher eine Gegenprobe. Ich danke und bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Übernahme der Azwangerstraße in das öffentliche Gut.

20) Bau2-4206/82

Übernahme der Azwangerstraße in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme des Straßenzuges der Azwangerstraße Grundstück Nr. 2039, Kat. Gem. Steyr, in das öffentliche Gut der Stadt als Gemeindestraße wird zugestimmt. Der Straßenverlauf ist in der Vermessungsurkunde des Dipl. Ing. Franz Herunter vom 24. 6. 1982, GZ 7701/82, dargestellt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Es werden keine angezeigt, daher liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Für die weiteren Anträge bitte ich zunächst Kollegen Schwarz um die Vorsitzführung.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Mein letzter Antrag betrifft:

21) Bau6-3875/81

Kanalisation Steyr, Infang Süd; Verlängerung  
des Kanales in der Infangsiedlung (Landerlgründe).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 2. Juli 1982 wird der Auftrag zur Herstellung eines ca. 159 m langen Kanales aus Betonglockenmuffenrohren Ø 300 mm samt Hauskanalanschlüssen in der Infangsiedlung an die Firma Krückl, Perg, zum Preis von S 573.445,- übertragen. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 574.000,-- (fünfhundertvierundsiebzigttausend)

auf die VSt 5/8112/0508 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Rücklangenenentnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen? Enthaltungen? Einstimmigkeit liegt vor.

Ich danke Kollegen Wallner für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich habe Ihnen insgesamt 9 Anträge, den Straßenbau betreffend, zu unterbreiten. Der erste dieser 9 Anträge befaßt sich mit der Fußgängerunterführung Blümelhubervilla. Unser Bürgermeister hat eingangs bereits darauf hingewiesen, daß aus technischen Gründen diese Arbeiten in zwei Etappen durchgeführt werden müssen. Die erste Etappe, das ist die Verlegung der Gas- und Wasserleitung, und die Kanalisation, ist bereits im Gange und so weit mir bekannt, sind die Arbeiten bereits abgeschlossen. Die zweite Etappe, die eigentliche Unterführung, soll im Frühjahr nächsten Jahres durchgeführt werden und wir wollen, daß gerade bei diesem neualgischen Straßenstück sich über den Winter eine Baustelle ist. Der Blümelhuberberg hat eine beträchtliche Steigung und wir wollen verhindern, daß über den Winter dort Behinderungen durch Baumaßnahmen sind. Der Antrag lautet:

22) Bau3-1545/77

Fußgängerunterführung Blümelhubervilla.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 7. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für die Herstellung der Fußgängerunterführung Blümelhubervilla an die Firma Beer & Janischöfsky, Steyr, zum Preis von S 2,531.092 übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Teilbetrag von  
S 959.500,-- (neunhundertneunundfünfzigtausendfünfhundert)  
bei VSt 5/6120/0028 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 das Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme dieses sehr wichtigen Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Holub hat sich zu Wort gemeldet!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Stadtrat Wippersberger, meine Damen und Herren, hat uns gerade ganz richtig gesagt, daß dieser Antrag außerordentlich wichtig ist und wir werden dem selbstverständlich gerne die Zustimmung geben. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit an eine andere Fußgängerunterführung erinnern, nämlich an die im Bereich des Ennser- oder Nordknotens. Seit Jahren gibt es die Festlegung, daß dieser Bereich durch eine Fußgeherunterführung entschärft werden soll. Jetzt ist wieder Schulbeginn, die Verkehrssituation hat sich nicht geändert, aber dort ist in dieser Richtung noch immer nichts passiert. Ich hoffe, daß nichts passiert mit den Schulkindern. Ich erinnere sehr dringend an dieses Projekt und hoffe, daß wir nächstes Jahr zumindest in diesem Gebiet eine Erledigung finden können.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Auf diese Frage wird noch kurz Kollege Wippersberger eingehen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf darauf hinweisen, daß derzeit die Ausschreibung dieses Auftrages im Gange ist und wir rechnen, daß in einigen Monaten - ich weiß nicht, wann die Anbotöffnung sein wird, vielleicht noch in diesem Jahr, aber spätestens zu Beginn des nächsten Jahres - sich der Gemeinderat schon damit beschäftigen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Auch hier ein einstimmiger Beschluß.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft:

23) Bau3-5992/80

Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Kostentragung und Entschädigung für Grundeinlöse und Bewuchs.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 6. 1982 wird einer Kostenbeteiligung der Stadt Steyr an der Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof grundsätzlich zugestimmt.

Zur Bezahlung der Grundeinlösenkosten für die Errichtung dieser Unterführung

in Höhe von S 1,274.190,- wird ein Betrag von  
S 500.000,-- (fünfhunderttausend)  
bei VSt 5/6121/0023 freigegeben und eine Kreditüberschreibung im Ausmaß von  
S 775.000,-- (siebenhundertfünfundsiebzigtausend)  
bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat  
durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.  
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des  
Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Anfragen sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, auch  
dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
Der nächste Antrag lautet:

- 24) Bau3-5992/80  
Bau6-3099/82  
Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße  
beim Isabellenhof; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 7. 1982 wird der Auftrag zur  
Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau zur neuen  
Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof an die Firma  
Arge Isabellenhof (Hamberger-Wenk) zum Preise von S 3,151.333,- übertragen.  
Zur Begleichung der für das Rechnungsjahr 1982 anfallenden Baukosten wird eine  
erste Teilrate von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

als Kreditüberschreitung bei VSt 5/6121/0023 bewilligt.  
Die Deckung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Auch zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Ent-  
haltungen? Beides nicht, auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
Der nächste Antrag lautet:

- 25) Bau3-3956/81  
Bau6-3957/81  
Aufschließung Hofegründe - Straßen- und Kanalbau;  
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 4. 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. 4. 1982 wurden die Baumeisterarbeiten  
für den Straßen- und Kanalbau zur Aufschließung der Hofegründe der Firma  
Zwettler Bau-GesmbH zum Preise von S 3,949.725,- übertragen. Unter einem  
wurden für das laufende Rechnungsjahr Teilbeträge von S 500.000,- für den Stra-  
ßenbau und S 500.000,- für den Kanalbau freigegeben.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 7. 1982 werden nunmehr für den  
Straßenbau weitere Mittel in Höhe von S 1,400.000,- und für den Kanalbau ein  
weiterer Betrag von S 750.000,- bereitgestellt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,400.000,-- (eine Million vierhunderttausend)  
bei VSt 5/6121/0025 und eine weitere Kreditüberschreitung von  
S 750.000,-- (siebenhundertfünfzigtausend)  
bei VSt 5/8111/0509 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Nicht der Fall, auch hier einstimmiger Beschluß.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Spurrinnenauffüllung in der Seifentruhe, und zwar von der Kreuzung Wolfenerstraße bis hinaus zur Tankstelle Poxleitner in der Sierninger Straße. Der Antrag lautet:

26) Bau3-2065/68

Belagsarbeiten auf der B 122 im Bereich  
zwischen km 33.273 und km 35.312.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 7. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung von Belagsarbeiten auf der B 122 im Bereich zwischen km 33.273 und km 35.312 an die Firma Hamberger, Linz, zum Preis von S 773.962,- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 774.000,-- (siebenhundertvierundsiebzigtausend)

werden bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich sehe auch hier keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der Ausbau der Wolfener Landesstraße ist derzeit im Gange, und zwar das Teilstück bis zur sogenannten "Waldschenke". Es sind noch Grundeinlösungen erforderlich und ich bitte Sie, nachfolgenden Antrag zu genehmigen:

27) Bau3-2721/80

Ausbau der Wolfener Landesstraße;  
Grundeinlöschungskosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 30. Juni 1982 wird zur Bezahlung der Grundeinlöschungskosten für den Ausbau der Wolfener Landesstraße in Höhe von S 828.027,40 eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 829.000,-- (achthundertneunundzwanzigtausend)

auf die VSt 5/6110/0020 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall. Auch hier liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag – darüber wurde auch von Herrn Bürgermeister kurz berichtet – befaßt sich mit der Regulierung der Verkehrsfläche im Gebiet Wehrgraben – Schaffung einer Rollschuhfläche und Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Eysnfeld. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

28) Bau3-3783/82

Regulierung von Verkehrsflächen und Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Eysnfeld; Schaffung einer Grün- und Rollschuhfläche.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 8. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten im Zusammenhang mit der Erneuerung der Straßenbeleuchtung sowie der Straßensanierung im Bereich der Leopold-, Josef-, Karolinen-, Schießstätten- und Werndlgasse sowie der Auftrag zur Teilausgestaltung des Vorplatzes beim Waffenfabriksteg in Form einer Grünfläche und dem Neubau einer Rollschuhfläche in der Wehrgrabengasse an die Firma Zwettler, Steyr, zum Preis von S 846.307,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von  
S 850.000,-- (achthundertfünfzigtausend)

auf die neu zu errichtende VSt 5/6122/0021 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ebenfalls einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sanierung der Großen Fallen-, Wiesenberg- und Schwimmschulbrücke. Hier haben sich bedauerlicherweise beträchtliche Erhöhungen ergeben bei der Durchführung dieser Arbeiten. Ich bitte Sie, dem Antrag, den ich jetzt verlese, die Zustimmung zu geben:

29) Bau4-2641/81

Sanierung der Großen Fallen-, Wiesenberg- und Schwimmschulbrücke; Auftragserhöhung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. 7. 1981 wurden der ARGE Hamberger-Ne-grelli die Arbeiten für die Sanierung der Wiesenbergbrücke, der Großen Fallenbrücke und der Schwimmschulbrücke übertragen.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 8. 1982 wird nunmehr einer Erhöhung dieses Auftrages um einen Betrag von S 484.431,05 nachträglich zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 484.500,-- (vierhundertvierundachtzigtausendfünfhundert)  
werden bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich mit der Sanierung des Waffenfabriksteges. Der Antrag lautet:

30) Bau4-3156/81

Sanierung des Waffenfabriksteges.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 8. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten am Waffenfabriksteg über die Reiche Steyr (Verbindung von der Blumauergasse - Fabriksinsel ins Eysnfeld, Gasthaus zur Waffenfabrik) an die Firma Porr zum Preis von S 924.347,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 924.400,- (neunhundertvierundzwanzigtausendvierhundert)

werden bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch der letzte Antrag steht zur Debatte. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Dieser letzte einer Reihe von "Wehrgrabenanträgen" nehme ich zum Anlaß, daran zu erinnern, daß wir zwar Gott sei Dank gemeinschaftlich den Beschluß gefaßt haben, das Wehrgrabengerinne zu erhalten und eine Reihe von Maßnahmen wurden schon gesetzt, was die Er- und Instandhaltung der Wasserleiteinrichtungen betrifft. Nichts desto trotz glaube ich, daß es nicht unangebracht ist, daran zu erinnern, daß sonst auch noch Maßnahmen zu setzen sein werden, die die Erhaltung des Wehrgrabens betreffen. Ich weiß, daß das Denkmalamtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, erinnere aber trotzdem an die Möglichkeit, den Architektenwettbewerb wieder aufleben zu lassen, nunmehr unter dem Gesichtspunkt des Offenhaltens des Gerinnes. Das wäre die erste Anregung, die dazu auf alle Fälle zu machen wäre. Eine Frage möchte ich auch noch verbinden mit dieser Wortmeldung, wie weit steht es nun eigentlich mit dem Kanalprojekt? Zumindest der obere Teil könnte durchaus schon vergeben werden an die Projektanten. Gibt es da schon eine Erledigung oder ist da bisher noch nichts geschehen? Zum Antrag selbst selbstverständlich ein "Ja" von unserer Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu dieser Anfrage, Herr Gemeinderat Holub, zu diesem Thema, muß ich als zuständiger Planungsreferent erklären, daß gegenwärtig noch nichts unternommen werden kann in der Erneuerung des inneren Wehrgrabenbereiches. Ich betone ausdrücklich innerer Wehrgrabenbereich, denn heute haben Sie schon eingangs meiner Berichte gehört, daß doch sehr vieles unternommen wurde und noch weiter unternommen werden wird, um dem Wehrgraben insgesamt ein anderes Gesicht zu geben. Was den Wettbewerb betrifft, der wurde bekanntlicherweise ausgesetzt im Einverständnis mit dem Bundesdenkmalamt, damit die Zeit gewinnen, ihre Überlegungen auf Grund der Erhebungen anzustellen, um die Bescheide vorzubereiten. Diese Aussetzung

wurde auch mit den Juroren besprochen, der Ingenieurkammer usw. Also sie wurde durchgeführt in vollem Einverständnis aller beteiligten Instanzen. Nun wird es zu einer Neuausschreibung kommen müssen, weil wir vor Beendigung der Einreichungsfrist, obwohl schon bekannt war, daß damals 27 Abholer waren und kaum noch einer abgeholt hätte die letzten Tage, daß nun eine Neuausschreibung wird erfolgen müssen, die es ermöglicht, daß sich außer den 27 Architekten, die damals die Unterlagen abgeholt haben, vielleicht noch mehrere auf Grund der neuen Situation, dafür interessieren. Wenn also hier mit etwa Ende Oktober, ungefähr, eine Neuausschreibung gemacht werden kann, wird die Frist sicherlich bis Ende März erstreckt werden müssen bis zur Einreichung. Es wird dann im übrigen Fristenverlauf noch die Jurorentätigkeit eintreten müssen und die Vergabe des Siegerpreises bzw. der nächstfolgenden. Ich kann heute schon fast mit Sicherheit sagen, daß kaum vor dem Sommer des nächsten Jahres hier irgend etwas unternommen werden kann. Eine Voraussetzung dazu – das habe ich auch in einem Rundfunkinterview gesagt, das heute in der Früh gebracht wurde und das ich selbst nicht gehört habe – sind die Erklärungen des Bundesdenkmalamtes, welche Häuser tatsächlich denkmalgeschützt werden. Nur dann können die Architekten im Bewerbverfahren Rücksicht nehmen bei ihren Entwürfen auf den Schutz der einzelnen Objekte. Klar ist auch, daß die neue Situation einen noch strengeren Maßstab anlegen muß bei der Arbeit der Architekten, weil gewisse Einengungen durch den Denkmalschutz nunmehr gegeben sind, die bei der vorhergehenden Situation nicht vorhanden waren, sodaß der Wettbewerb mehr oder weniger auch ein stärkeres Korsett bekommt.

Wir sind im ständigen Bemühen mit dem Denkmalamt verbunden, daß man von dort her die nötigen Entscheidungen bekommt, wir werden auch die Architekten auf das Bundesdenkmalamt mit dessen Zustimmung verweisen – die Zustimmung ist bereits vorhanden – daß sie sich dort die näheren Unterlagen über die Denkmalschutzerhebungen besorgen, damit sie noch mehr Unterlagen besitzen für ihre Arbeit.

Es wurde an mich in einem Telefonat über die Baudirektion das Ansinnen gestellt vom Landeskonservator, daß ich als Bürgermeister, der ja bekanntlich nach dem Denkmalschutzgesetz ein Einspruchsrecht besitzt – ich werde das aber nicht anwenden – heute schon sagen soll, an welchen Gebäuden wir interessiert sind. Das Denkmalamt muß schon aus eigenem heraus festlegen, was ist nach den Denkmalschutzbestrebungen und Denkmalbestimmungen ein Denkmal und was nicht. Daher wird es zu Bescheiden kommen müssen und um die Bescheide und das Verfahren abzukürzen, müssen sie halt den Architekten erklären, die Hausnummern sowieso usw. im inneren Wehrgraben werden dem Bescheidverfahren unterworfen. Damit wissen die dann, wie es weitergeht. Wenn also der Architektenwettbewerb abgeschlossen ist, – das sind jetzt Vorstellungen meinerseits – wird es dazu kommen, daß wir einen neuen Auftrag zur Projektierung der Kanalstrecke durch den Abwasserverband, den Reinhaltungsverband Steyr, vergeben werden müssen und wenn dieses Projekt vorliegt, kann erst eine – wenn die Finanzierung gesichert ist, das muß auch neu aufgerollt werden – Bautätigkeit begonnen werden.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung, meine Damen und Herren, daß ich am 25. Juni hier Erklärungen abgegeben habe, die für mich persönlich nach wie vor in vollem Inhalt Geltung haben. Es wird also wirklich an jenen liegen, die das größte Interesse daran haben, die neue Situation zu nützen, für andere Entwicklungen, als sie ursprünglich gegeben waren, zu betreiben. Mehr kann ich dazu heute nicht erklären.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Kollege Fritsch hat sich noch zu Wort gemeldet.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates!

Gerade die letzten Worte des Herrn Bürgermeisters veranlassen mich, dazu doch einiges zu sagen. Ich bin insbesondere froh, daß man die Causa Wehrgraben derzeit

ohne Emotionen bereden, besprechen und behandeln kann. Ich bin auch froh, daß wir uns heute zumindestens verbal in diesem Bereich bewegen. Nur mit einem kann ich mich persönlich nicht ganz einverstanden erklären, daß nun mehr oder minder – ich sage es bewußt überspitzt – die Untätigkeit in diesem Bereich durch den Herrn Bürgermeister auf Grund seiner Erklärung aus dem Juni in Verbindung zu setzen sei. Ich stelle fest, daß sicherlich – das trifft jeden von uns in seinem Bereich – manche Arbeiten erledigt werden müssen, die einem persönlich engagiert zeigen, die einem aber persönlich wenig Freude machen, aber kraft des Amtes, das einem auf-erlegt wurde, muß man diese Arbeiten erledigen. Hier knüpfe ich an in diesem Zusammenhang, wir haben heute gehört und vernommen, welche Arbeiten, welche Aufgaben seitens des Bundesdenkmalamtes heranstehen und erledigt werden müssen. Auch einige rechtliche Fragen seitens des Denkmalamtes sind zu klären. Aber es ist heute nicht gesprochen worden und ich bringe es deswegen in Erinnerung, über eine weitere rechtliche Situation, das ist die des Wasserrechtsbescheides, auf den man sich immer – ich will nichts aufreißen – berufen hat. Hier sind, zumindestens was meine Informationen diesbezüglich anbelangt, einige Gespräche oder eventuell sogar Schriftverkehr gepflogen worden. Aber es ist uns doch immer erklärt worden, daß zuerst der Wasserrechtsbescheid aus dem Jahre 1974 aufgehoben werden muß, um weitere Schritte im Bezug auf Kanalisation, zu tun. Daher meine konkrete Frage, als Anfrage kann ich sie nicht gelten lassen von der Geschäftsordnung her, wie weit ist die Angelegenheit "Abänderung oder Aufhebung des Wasserrechtsbescheides" und welche Schritte sind dazu unternommen worden?

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Der Herr Bürgermeister hat sich noch einmal gemeldet. Ich muß eines dazusagen als Vorsitzender. Die letzten drei Punkte haben den Wehrgraben betroffen, von Untätigkeit kann also wirklich keine Rede sein. Wir beschäftigen uns mit diesem Gebiet und wenn Du sagst wir sind untätig, so widerspricht das den eben behandelten Anträgen. Zur unmittelbaren Aufklärung darf ich Herrn Bürgermeister bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es ist sowohl der Begriff der Untätigkeit sehr leicht zu entkräften als auch die übrigen Fragen zu beantworten. Wenn man von Untätigkeit spricht, lieber Kollege Fritsch, dann kann man das nur aus Unwissenheit tun oder aus Negation der heutigen Anträge, die bereits beschlossen wurden. Ich habe schon eingangs gesagt, es werden allein im heurigen Jahr für den Bereich Wehrgraben – ich betone nochmals, Wehrgraben ist alles, was Steyr-Niederung ist, im bewußten Teil, den wir alle kennen – immerhin Beträge eingesetzt, die in etwa an die 2,5 - 3 Millionen Schilling heranreichen. Die nötigen Beschlüsse sind zum Teil heute getroffen worden, zum Teil schon früher, im Stadtsenat usw.. Das sind ja keine Untätigkeiten, das sind ja Aktivitäten, wie sie deutlicher nicht nach außen bewiesen werden können. Das ist das eine. Das sind auch Tätigkeiten, die ihren Ursprung in der Planung haben. Für die Planung bin ich zuständig, daher möchte ich mich gegen den Vorwurf der Untätigkeit in jeder Hinsicht befreit wissen. Das Zweite ist, daß der Wasserrechtsbescheid, der erst dann eine Änderung erfahren kann nach den Antworten der Wasserrechtsbehörde, die wir in Händen haben, wenn ein neues Projekt vorliegt und das neue dann das alte Projekt ablösen soll. Daher ist das auch ein sehr einfacher Vorgang und die Abänderung des Wasserrechtsbescheides wird erst dann erfolgen können, wenn die Verhandlung über das Projekt abgewickelt ist und zu Ende gegangen ist, dann wird der Bescheid geändert. Ich habe am 25. Juni schon erklärt, daß ich einen Brief an die zuständigen Referenten, Landesrat Reichl geschrieben habe mit der Bitte, aus Eigenem die Bescheide zu ändern. Das ist nach Ansicht der Wasserrechtsbehörde nicht möglich, sondern die Stadt Steyr, wenn sie vorstellig wird, werden die Bescheide sicherlich dem neuen Projekt angepaßt. Offen ist die Frage, inwieweit der Wasserwirtschaftsfonds die 25 Millionenbewilligten Mittel dann

dem neuen Projekt überwältigt oder ob hier ein Verfall eintritt und ein Neuverlauf der Betreuung notwendig wird.

Ich möchte noch einmal sagen, die Tätigkeit des Gemeinderates, der Stadtverwaltung und meine persönliche als Bürgermeister kann sich im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nur auf den nicht umstrittenen Teil beschränken und das ist beileibe der weitaus größere des gesamten Wehrgrabengebietes. Dort wohnen auch die meisten Menschen und denen wollen wir ja diese Verbesserungen zugute kommen lassen. Ich habe daher keine Ursache, den Vorwurf der Untätigkeit auf mich zu nehmen, denn es wäre zugleich ein Vorwurf an den gesamten Gemeinderat, wenn Sie Beschlüsse gefaßt haben und diese als Untätigkeit bezeichnen. Im Zuge der vernünftigen Behandlung dieses diffizilen Problems seit dem Juni dieses Jahres, glaube ich, daß wir diese Fristen abzuwarten haben. Da beißt sich keine Maus einen Faden ab und alles andere wäre Illusion, wenn man glaubt, man könne jetzt mit beiden Beinen in den Wehrgrabenkanal springen und schon ist eine neue Situation da, dabei bekommt man nur nasse Füße.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Herrn Bürgermeister. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Gerade weil ich vermeiden wollte, daß sich die Stadt nasse Füße holt, habe ich gefragt, was ist schon geschehen in Richtung Kanalprojekt? Ihre Ausführungen, Herr Bürgermeister, haben – wenn ich Sie richtig verstanden habe – vor Augen geführt, daß meine Frage nicht ganz unbegründet war. Sie haben abgeleitet die Umwidmung der zugesagten Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds vom Vorliegen eines neuen Kanalprojektes. Da habe ich halt die persönliche Meinung, je eher und je schneller das neue Kanalprojekt vorliegt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Umwidmung der Mittel positiv erledigt wird. Daher glaube ich, daß es notwendig sein wird, das Kanalprojekt doch sehr rasch voranzutreiben. Ich weiß nicht ganz, ob ein kausaler Zusammenhang besteht zwischen dem Architektenwettbewerb, der die Oberflächengestaltung betrifft und dem Kanalprojekt. Denn im wesentlichen wird es zunächst einmal gelten zu wissen, wie verläuft der Kanal und dann den Architekten zu sagen, so schaut es jetzt aus und jetzt macht mit dieser Fläche etwas. Sie, Herr Bürgermeister, haben schon gesagt, daß durch die Auflagen der Bescheide des Denkmalamtes die Tätigkeit der Architekten eingengt wird – ich glaube, so haben Sie das formuliert. Man könnte sagen, daß da jetzt sehr strenge Maßstäbe angesetzt werden, umso diffiziler, um Ihren Ausdruck zu gebrauchen, wird die Tätigkeit der Architekten sein. Ich glaube halt, daß wir das Kanalprojekt vordringlich brauchen und betone noch einmal die Begründung in Richtung Wasserwirtschaftsfondsmittel umwidmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage, ob noch jemand zu diesem Thema spricht? Das ist nicht der Fall, wir schließen daher die Diskussion ab.

Ich möchte noch einmal hinzufügen, daß es als Bürgermeister oder Referent nicht in meinem Ermessen liegt, hier Vorgriffe zu tun. Der Architektenwettbewerb kann Ergebnisse bringen, die insbesondere auch das Überwasser betreffen können, den Kupferhammergraben betreffen können, und wissen wir, was sich die Architekten in dieser Frage einfallen lassen? Es wird am Gemeinderat liegen, hier die nötigen Akzente zu setzen, aber Vorgriffe – das haben wir schon vielfach erlebt – wären eine neuerliche Aufwendung von Mitteln, die unter Umständen nicht zum Tragen kommen können, weil zum Beispiel der Architektenwettbewerb diese oder

jene Probleme berücksichtigt oder außer acht läßt und dadurch Überschneidungen eintreten könnten. Es wurde schon am 25. Juni von mir gesagt, Herr Gemeinderat Holub, der Architektenwettbewerb muß abgeschlossen sein, dann wissen wir, was sich die Architektenwelt für den inneren Wehrgrabenbereich vorstellt, unter Berücksichtigung der Denkmalschutzmaßnahmen. Dann wird wieder eine neue Tätigkeit eintreten können, die mit der Kanalprojektierung beginnt, die mit der Wasserrechtsverhandlung fortsetzt und die dann vielleicht schon zwischenzeitlich die Vorfragen klärt, inwieweit die Mittel auch für das neue Projekt umgelegt werden können. Aber über das Knie, und das wurde immer gesagt, darauf möchte ich aufmerksam machen, läßt sich das nicht brechen. Die neue Situation schafft uns eine Zeitspanne, die wir vorher leicht hätten überbrücken können, aber es war der Wunsch, diese neue Situation herbeizuführen und jetzt muß man auch die Geduld haben, abzuwarten, wie die einzelnen Verläufe sich ergeben. Das wollte ich als Ergänzung noch sagen, weil Irrtümer auftreten könnten, die man vermeiden kann, wenn die nötigen Aufklärungen erfolgen.

Wir stimmen nun darüber ab. Ich nehme an, daß Sie einheitlich zur Sanierung des Waffenfabriksteges stehen und bitte Sie, wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich stelle jetzt schon die Einstimmigkeit dieses Beschlusses fest.

Damit die die ordentliche Tagesordnung abgeschlossen. Wir kommen nun zur Behandlung der "Aktuellen Stunde", es ist jetzt 4 Uhr. Ich frage nun die SPÖ, ob sie ein Problem vorzubringen hat?

Herr Gemeinderat Steinmassl bitte!

GEMEINDERAT RUDOLF STEINMASSL:

Geschätztes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Wirtschaftstreibender möchte ich heute doch ein Problem zur Debatte stellen, welches nicht nur die einzelnen Handels- und Gewerbebetriebe, sondern – so glaube ich – die gesamte Bevölkerung interessiert. Die Steyrer haben bewiesen, daß zum Beispiel beim Stadtfest oder auch bei anderen Veranstaltungen, sie bereit sind, an Gemeinschaftsaktionen teilzunehmen, diese zu benützen und auch zu unterstützen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß Gemeinschaftsveranstaltungen, wie das Stadtfest, eine Anziehungskraft auch auf die nähere und weitere Umgebung ausüben und einen zusätzlichen Besucherstrom für unsere Stadt bringen. Es erschien mir daher als eine gute Idee, als vor längerer Zeit der Wunsch ausgesprochen wurde, einen Christkindmarkt in den Weihnachtswochen in Steyr abzuhalten. Ich möchte nicht auf eine Diskussion eingehen über den Platz, wo dieser stattfinden soll, sondern lediglich mein Bedauern ausdrücken, daß trotz eines weitgefächerten Angebotes der Stadt, die Ausstellungsgemeinschaft sich nicht entschließen konnte, das Risiko der Abhaltung eines solchen Marktes einzugehen. Ich glaube, man sollte diese Entscheidung nochmals überprüfen, zumal auch die Herbstausstellung heuer nicht stattgefunden hat.

Ich hoffe, meine Anregung zur Abhaltung eines Christkindmarktes nochmals zu überlegen, findet hier im Gemeinderat ein positives Echo, sodaß die Ausstellungsgemeinschaft nochmals aufgefordert werden soll, eine solche Veranstaltung auszusprechen und zu übernehmen.

Ich darf daher Herrn Bürgermeister ersuchen, mit den zuständigen Stellen in dieser Richtung nochmals Verbindung aufzunehmen. Ich glaube, es werden sich genügend Gewerbetreibende finden, die daran teilnehmen würden und bin mir sicher, daß die Steyrer diese Einrichtung begrüßen und benützen werden, so wie dies in vielen anderen Städten seit Jahren schon der Fall ist.

Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht von der ÖVP dazu zu sprechen? Herr Stadtrat Wallner bitte!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich weiß jetzt noch nicht, in welcher Form ich die sogenannte "Kurve kratze". Ich glaube, Herr Bürgermeister, man sollte etwas großzügig sein. Vielleicht gestatten Sie mir, dazu einige Sätze zu sagen. Als Stadtrat kann ich dazu logischerweise nichts sagen, aber ich bin ja auch ein stellvertretender Obmann des Ausstellungsvereines – an sich würde ja der Herr Strasek hier hergehören – aber ich glaube, ich mache nichts falsch, wenn ich Ihnen in einigen Sätzen zur Kenntnis bringe die Aktivitäten, die wir bisher gesetzt haben. Ich war mit genau so großer Begeisterung, Herr Kollege, wie Sie dabei, die Vorarbeiten fast fertigzustellen, damit ein solcher Christkindlmarkt abgehalten werden kann. Aber leider Gottes, wie Sie alle wissen, kam dann der Brief des Kammerobmannes, Ing. Schloßgangl, über Anfrage an den Herrn Vizebürgermeister Schwarz, wo das alles drinnen steht. Wir müssen das leider zur Kenntnis nehmen, Mehrheitsverhältnisse nehmen ja auch Sie zur Kenntnis und wir haben diese genau so zur Kenntnis zu nehmen. Es hat gestern ein diesbezügliches Gespräch stattgefunden im Bezirksstellenausschuß der Kammer, ob es nicht doch noch eine Möglichkeit gäbe, die Ausstellungsgemeinschaft zu bitten, neuerliche Überlegungen anzustellen. Ich kann darüber nichts aussagen, wie das weiter ausgehen wird. Jedenfalls sind wir selbstverständlich – das darf ich sagen, wenn Sie mir gestatten, namens der Kammer zu sprechen – nach wie vor daran interessiert, diesen Christkindlmarkt durchzuführen. Ich darf auch bei dieser Gelegenheit wirklich ehrlich danken einem anderen Kammerfunktionär, der sich wirklich Verdienste erworben hat, der Pläne und Fotos herbeigeschafft hat, und zwar dem Herrn Karl. Wir waren mit unseren Plänen fix und fertig, sodaß wir dann schon am nächsten Tag zu Herrn Bürgermeister marschieren wollten, um diese Idee von ihm absegnen zu lassen. Leider Gottes konnte dieser Weg nicht besritten werden, weil wir nur mit einem negativen Ergebnis kommen hätten können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. FPÖ? Es wird hier kein Beitrag gewünscht. KPÖ? Bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich erinnere mich sehr gut daran, daß es innerhalb der Parteien schon Gespräche gegeben hat über die Organisation eines Christkindlmarktes. Auch die Fraktionsobmänner haben völlig übereingestimmt, daß es zweckmäßig wäre, wie z. B. in Linz, auf der gleichen Basis, also nicht von der Gemeinde organisiert, sondern von einem Ausstellungsverein, einen Christkindlmarkt abzuhalten, Ich glaube, das ist ein Wunsch der Bevölkerung, dem man weiter nachkommen sollte in der Richtung, daß man versuchen sollte, die zuständigen Gremien zu ersuchen, ob es nicht doch möglich wäre, im heurigen Jahr in Steyr einen derartigen Christkindlmarkt abzuhalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht sonst noch jemand zu sprechen? Herr Kollege Fritsch als Fremdenverkehrsreferent.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

In dem Fall, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Loslösung des Fremdenverkehrs von der Gemeinde bzw. vom Gemeinderat nicht zur Gänze vollzogen, daher habe ich auch die Möglichkeit, als Referent dazu Stellung zu nehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Du bist ja der stadträtliche Referent.

#### VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für die Aufklärung, ich habe das selbst gewußt, habe aber auch gewußt, daß Du, Herr Bürgermeister, auch Deine Bemerkungen dazu machen willst. Erst einmal folgende Überlegungen. Es ist seit langem, eigentlich muß ich sagen seit vorigem Jahr, insbesondere intensiviert ab Jänner, Februar, innerhalb des Fremdenverkehrsvorstandes über die Problematik Christkindlmarkt gesprochen worden und einmütig festgehalten worden, daß es im Sinne der Förderung der Wirtschaft einerseits, des Fremdenverkehrs andererseits, sicherlich gelingen werde, diesen Christkindlmarkt durchzuführen. Es hat aber auch lange Zeit gedauert, im Bezug auf die Standortabklärung. Keine Angst, ich erwähne da nicht Vor- und Nachteile und es sind letztlich auch mehrere Standorte angeboten worden und es hat sich am Schluß herauskristallisiert, daß der Bereich Stadtplatz, der dafür am günstigsten erschiene. Auf Grund der Feststellungen und auch auf Grund der Kontakte der zuständigen Referate hier im Rathaus ist dann auch die Vorstelligwerdung in die Bereiche der Wirtschaft, sprich Kammer, und damit übertragenen Ausstellungsverein, erfolgt. Auf Grund der bisherigen Gegebenheit ist anzunehmen, daß der Ausstellungsverein derzeit nein im Bezug auf Initiation für diesen Christkindlmarkt gesagt hat. Jetzt wäre eigentlich die Frage aufzurollen, wie weit ist der Fremdenverkehrsverband und der Fremdenverkehrsverein, unter Vorsitz von Kollegen Schwarz, dazu in der Lage, autark den Christkindlmarkt durchzuführen. Die Gemeinde als solche, der Magistrat als solcher, ist sicherlich dazu weder befugt, noch berechtigt, also auszuklammern. Ich bin aber überzeugt davon, daß auch wenn es unter dem Dachtitel Fremdenverkehrsverein in die Wege geleitet werden würde, ein Erfolg beschieden wäre, wenn auch nur ein kleiner, so dem Anbieten von Kollegen Steinmassl als erster Debattenredner zu diesem Teil unserer Diskussion, daß die Wirtschaft selber willens wäre, es durchzuführen. Ich könnte mir auch vorstellen, daß von Seiten des Fremdenverkehrsverbandes bzw. -vereines eben an die Gewerbetreibenden im Bezug auf Teilnahme herangetreten werden würde.

Eines ist sicherlich richtig, die Zeit ist sehr weit fortgeschritten, wir schreiben jetzt Mitte September. Es wäre also auf jeden Fall möglich, es zumindest im Kleinen über diese Anregung zu versuchen, ausweiten wird man es immer noch können. Ich befürchte aber eines und da bin ich sehr offen, daß, wenn heuer diese Aktivität nicht gesetzt werden würde, es für nächstes Jahr wahrscheinlich mehr oder minder einen Dornröschenschlaf dazu geben würde. Daher mein Verständnis als Referent einerseits für die zuständigen Gremien aus dem Bereich der Wirtschaft und ihren Beschluß, aber gleichzeitig richte ich den Appell, es vielleicht über eine andere Institution, sprich Fremdenverkehrsverband, zu versuchen.

#### BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Dazu will Kollege Schwarz in seiner Eigenschaft als Liegenschaftsreferent sprechen, da ja dazu öffentliche Flächen benötigt werden.

#### VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann vieles bestätigen, was Kollege Fritsch hier angeführt hat. Ich darf den Fremdenverkehrsverband auch ein wenig ansprechen, weil das ein wenig verzahnt ist. Wir haben im Fremdenverkehrsverband uns in mehreren Sitzungen mit dieser Problematik beschäftigt und wir haben auch – das möchte ich hier anführen – immer herausgestellt, daß es nicht Aufgabe des Verbandes sein kann, die Organisation durchzuführen. Wir haben uns bereiterklärt als Verband, das Rahmenprogramm bzw. bei der Gestaltung des Rahmenprogrammes als Verband mitzuwirken. Das ist keine Frage. Es gibt also diesbezüglich einen Schriftverkehr und wir waren eigentlich auch als Verband überrascht, als in den Sommermonaten irgendwo in der Presse plötzlich – das muß ich sagen – darüber geschrieben wurde, denn das stimmt überhaupt nicht. Es wurde so dargestellt, als würde der Magistrat, sprich Bürgermeister, die Errichtung des Christkindlmarktes verhindern wollen. Das ist sicher nicht der Fall, es sind seitens des Magistrates eine ganze Reihe von Vorschlägen gekommen und es sind auch vom

Verband Vorschläge gekommen. Letztlich hat sich herauskristallisiert, daß der Standort Stadtplatz seitens der Wirtschaft, seitens des Verbandes, aber auch seitens des Magistrates, als der günstigste Standort angesehen wird. Das war im Juni. Das Schreiben, das der Fremdenverkehrsverband an die Wirtschaft gerichtet hat und ich habe auch das Antwortschreiben da, mit dem wird klargestellt, daß wir gerne mitarbeiten, daß wir aber nicht federführend als Fremdenverkehrsverband sein können. Ich bin auch der Meinung, daß auch nicht das Kulturamt oder irgend eine andere Einrichtung der Stadt federführend sein kann für eine solche Veranstaltung.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Nur ein Zwischenruf. In Linz macht das das Marktamt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Primär zuständig wäre meines Erachtens nach die Ausstellungsgemeinschaft. Die wäre prädestiniert, die Organisation dieser Veranstaltung zu übernehmen, weil es letztlich ja eine Ausstellungsveranstaltung ist. Wir haben an die Kammer der Gewerblichen Wirtschaft, zu Händen Herrn Ing. O. Schloßgangl, folgenden Brief geschrieben: "Unter Bezugnahme auf unsere Vorgespräche usw. bezüglich der Einrichtung eines Christkindlmarktes erlaubt sich der Fremdenverkehrsverband Steyr folgendes mitzuteilen: Nach zwischenzeitlicher Stellungnahme durch die Stadt Steyr wird die Einrichtung eines Christkindlmarktes begrüßt und als Standort dafür der Stadtplatz vorgeschlagen. Dieser Standort entspricht dem Vernehmen nach auch den Wünschen der Steyrer Wirtschaft. Für die Ausrichtung und Organisation ergeht der Vorschlag, daß dies von der Steyrer Wirtschaft im Wege der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft erfolgen sollte. Der Fremdenverkehrsverband Steyr würde sich gerne für die Gestaltung eines Rahmenprogrammes während der Laufzeit des Christkindlmarktes zur Verfügung stellen." Daraufhin kam die Antwort der Kammer, die habe ich als ich vom Urlaub zurückkam bekommen, und ich muß sagen, daß sicherlich Vorarbeiten getroffen wurden. In diesem Schreiben – ich will es nicht wörtlich verlesen – ist angeführt, daß die Bezirksstelle Steyr der OÖ. Handelskammer leider nicht die Möglichkeit hat, als Rechtsträger für die Abhaltung eines Christkindlmarktes zu fungieren, weil sie nach dem geltenden Organisationsrecht keine Rechtspersönlichkeit besitzt und über kein eigenes Budget verfügt. Es ist auch in diesem Schreiben angeführt, daß an den Ausstellungsverein herangetreten wurde und dieser das abgelehnt hat. Soweit die Mitteilung der Kammer. Das heißt, daß die Absage für die Durchführung nicht seitens des Magistrates oder des Verbandes, sondern eindeutig seitens der Wirtschaft hier nicht die Möglichkeit gesehen wird, den Markt durchzuführen. Ich für meine Person muß sagen, auch im Interesse der Stadt bedauern wir das, wir hätten gerne gesehen, daß das möglich gewesen wäre. Ohne die Mitarbeit der Kammer geht es aber nicht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir schließen dieses Thema ab, mit dem Beitrag, den ich als Bürgermeister dazu bringen möchte.

Meine Damen und Herren, Sie erlauben, daß ich von hier aus spreche. Es ist mir sehr gelegen, daß ich zu dieser Frage auch persönlich Stellung nehmen kann. Es sind schon zweimal Fälle vorgekommen, wo in der Presse – ich weiß zwar nicht aus welchem Grund – aus Unwissenheit oder aus primitiver Absicht heraus ich persönlich zitiert werde im Zusammenhang mit Stadtrat Wallner, daß ich beim Christkindlmarkt – in diesem Zusammenhang geht es auch um eine zweite Sache – eigenmächtig handle, ohne Wissen von Ihrer Seite und mit Absicht den Christkindlmarkt verhindere. Dem kann ich heute aus offenem Herzen völlig unbefangen entgegentreten, weil es unwahr ist, um nicht ein krasserer Wort zu verwenden. Der Kulturausschuß hat sich so wie der Fremdenverkehrsverband mit der Frage Christkindlmarkt beschäftigt und eingehend Möglichkeiten erörtert. Als die Zeitungsnach-

nicht gekommen ist – hier wurde Kollege Wallner als Urheber und Informant zitiert – habe ich den Fremdenverkehrsverband durch ein Schreiben vom 17. Juni verständigt, daß die Stadt Steyr selbstverständlich, soweit sie dazu verpflichtet ist und es ihr möglich ist, bereit ist, bei der Gründung und Betreuung eines Christkindlmarktes zu helfen. Ich habe mir auch erlaubt, dem Fremdenverkehrsverband fünf Standpunkte vorzuschlagen, und zwar den Schloßhof, war das die Preuenhueberstraße, in jenem Bereich, wo zur Zeit des Jubiläums der Parkplatz war – das ist ein sehr breites, geschlossenes Gelände – und man hätte da mit den Patres reden müssen, aber das konnte man vorher nicht. Das Schiffmeisterhaus, der Platz davor ist relativ gut eingesehen und gut erreichbar und weiters der Bauplatz des künftigen Kreisgerichtsgebäudes neben der Handelskammer, wo die Stadt zum Jubiläumsjahr erhebliche Investitionen für die Asphaltierung und Befestigung geleistet hat. Auch das wäre ein geschlossenes, gut erreichbares Gelände und letztlich der Stadtplatz. Die Entscheidung ist inzwischen getroffen, mir hat kurz darauf Kommerzialrat Strasek erklärt bei einer Sitzung der Ausstellungsgemeinschaft, daß die Ausstellung heuer nicht durchgeführt wird mangels Interesse potenter Unternehmungen und daß gleichzeitig entschieden wurde, es wird kein Christkindlmarkt abgehalten, das Interesse dazu ist nicht vorhanden. Es sind hier sehr konträre Strömungen in der Wirtschaft.

Soweit zu diesem Punkt. Ich würde bitten, wenn solche Meldungen verbreitet werden, ich stehe nicht an, mich hier zu rehabilitieren, aber ich glaube, es entspricht nicht der Zusammenarbeit, die notwendig ist, wenn mit solchen Fragen Meinungs-mache betrieben wird, die in dieser Frage völlig unberechtigt ist. Fest steht, daß weder die Gemeinde und die schon gar nicht, auch nicht der Fremdenverkehrsverband – das wurde schon gesagt – sondern in erster Linie die Wirtschaft selbst, die ein wirtschaftliches Unternehmen, wie ein Christkindlmarkt, mit Wirtschaftstreibenden sein wird, zuständig ist. Was wir tun können, ist die Bereitstellung von entsprechenden Flächen und die Bereitstellung von anderen Hilfen, die von der Stadt her im Interesse der gesamten Bevölkerung gewährt werden können. Fest steht überdies, daß der Christkindlmarkt am Stadtplatz, sollte er doch einmal kommen, zweifellos die größte Resonanz bei der Bevölkerung finden würde und die Bevölkerung würde sich einer solchen Einrichtung sicher wünschen. Im Interesse der Steyrer Bevölkerung halte ich es auch für notwendig, daß man solche Fragen bespricht.

Ich glaube, daß damit der Punkt abgeschlossen werden kann. Letztlich bezweifelt niemand, daß es hier keine böse Absicht ist, sondern es hat andere Gründe, die momentan diese Errichtung nicht gestatten. Ich hoffe sehr, daß eines Tages die Umstände anders sind und dann die Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Damit kommen wir in der Befolgung weiterer Themenbehandlungen zur zweitgrößten Fraktion und ich frage die ÖVP, ob sie ein Thema hat? Herr Gemeinderat Holub bitte!

#### GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich hoffe, meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium, daß mein Beitrag nicht in ähnlichem Ton beantwortet wird, nämlich mit Hinweis auf mögliche Unwissenheit oder Primitivität. Es ist ein ernstes Anliegen, das ich hier diskutieren möchte.

Die Arbeitssituation in den Steyr-Werken ist dem Gemeinderat reichlich bekannt und bringt sicherlich für jeden von uns ein gerütteltes Maß an erstens Mitgefühl und zweitens Sorgen und für die Betriebsräte der Steyr-Werke, die hier herin sitzen, hat es gebracht und wird es noch bringen jede Menge Arbeit für die Mitarbeiter, um da korrigierend einzugreifen. Es sollte sich aber die Vertretung in der Gemeinde überlegen, ob man nicht vom eigenen Wirkungsbereich her auch, wenn auch geringfügige Beiträge, zur Förderung des Absatzes der Produkte der Steyr-Werke liefern könnte. Dazu möchte ich Ihnen eine kleine Geschichte erzäh-

len. Ich bin, das wissen Sie ja, zur Zeit beruflich in Linz und fahre jeden Tag hinüber. Vor einigen Wochen ist mir jeden Tag ein untypischer ESG-Autobus aufgefallen. Er hat farblich nicht zu den anderen ESG-Bussen gepaßt, es gibt da die zwei Standardfarben blau und orange und plötzlich fährt da ein weißer Bus, der ganz anders aussieht als alle anderen. Ich habe ihn immer nur von der Seite gesehen und irgendwann habe ich ihn ordentlich erblicken können und bin ihm nachgefahren. Da habe ich hinten ein großes Schild "Steyr" gesehen. Offensichtlich handelt es sich da um ein Versuchsfahrzeug, um ein Testfahrzeug der Steyr-Werke, das für den städtischen Verkehrsbetrieb ausgezeichnet geeignet erscheint. Es sind breite Einstiegsflächen, alles das, was man früher zurecht an Produkten der Steyr-Daimler-Puch AG kritisiert hat. Jeder, der den Bus benützt hat und auch jeder, der den Bus angeschaut hat, hat gesagt, für den Stadtbetrieb ist er nicht so sehr geeignet. Dann ist die Anschaffung der Mercedes-Busse gekommen, die ja vorbildlich gut geeignet sind. Nun aber glaube ich, daß die inländischen Unternehmen Steyr-Daimler-Puch oder auch die Gräf- und Stift-Werke ein inländisches Produkt am Markt haben oder bringen, das geeignet wäre, den innerstädtischen Verkehr abwickeln zu können. Im Hinblick auf die schwierige Arbeitsplatzsituation in den Steyr-Werken, die sich ja nicht nur am Wälzlagerbereich, sondern – das wissen Sie mindestens ebenso gut wie ich – auch im Bereich der Nutzfahrzeuge ergibt, möchte ich doch sehr eindringlich anregen, in Zukunft die Produkte der Steyr-Werke beim Ankauf für die Verkehrsbetriebe sehr zu überlegen. Der Mercedes-Bus, mit dem wir hier fahren, da geschieht ja in Steyr nicht allzu viel daran. Als Handelsunternehmen wurde das gekauft, aber ich glaube, daß die Produktion im Bereich der Steyr-Werke – sicher werden wir nicht hunderte Stück kaufen können, aber ich möchte ersuchen, zu überlegen, ob nicht diese Produkte für uns geeignet sein könnten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zu diesem Problem Herr Gemeinderat Pimsl für die SPÖ.  
Darf ich kurz zwischendurch sagen, die Steyr-Werke, Werk Wien, als Handelsunternehmen für diese Busse haben uns diesen Bus seinerzeit offeriert.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Die Frage, die Herr Gemeinderat Holub angeschnitten hat, ist sicher für die Produkt- und Absatzpolitik der Steyr-Daimler-Puch sehr wesentlich, weil Sie damit einen jener Punkte angeschnitten haben, der uns als Arbeitnehmer auch schon seit langem ein Dorn im Auge ist. Es geht darum, daß durch einen Beschluß des Vorstandes vor Jahren die Einstellung von innerstädtischen Bussen, die Produktion solcher Busse, getroffen wurde und Steyr die Vertretung von Kommunalfahrzeugen für Mercedes-Benz in Österreich übernommen hat. Daraus ergibt sich auch der Ankauf von städtischen Bussen für Steyr und dieser Ankauf wird uns heute von anderen Gemeinden eher vorgeworfen, aus Unwissenheit, wie tatsächlich die Situation in den Steyr-Werken ist. Es ist aber richtig, daß seit einiger Zeit unsere Werke in Wien wieder bemüht sind, ein eigenes Produkt auf die Beine zu stellen und auch einigen größeren Magistraten solche Versuchsfahrzeuge zur Verfügung gestellt hat. Bedauerlicherweise ist es aber nicht ganz so, wie Sie bemerkt haben, daß es in Österreich zwei potente Hersteller von Fahrzeugen dieser Art gibt, es gibt nur einen einheimischen Hersteller, das ist Steyr-Daimler-Puch, denn das zweite Fahrzeug, das zwar mit einem österreichischen Firmennamen ausgestattet ist, ist aber in Wirklichkeit ein deutsches Produkt. Ich muß das richtigstellen. Es ist aber bisher leider so, daß sich die Gemeinden und das letzte negative Beispiel war Klagenfurt, wo sich der Gemeinderat einhellig gegen unsere Produkte ausgesprochen hat und einem ausländischen Produkt der Vorzug gegeben wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Die Gendarmerie fährt ja auch

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Das ist ein ähnlicher Fall, Herr Vizebürgermeister, aber wir sprechen von den Autobussen. Ich darf Ihnen versichern, daß unser Unternehmen derzeit alles unternimmt, um wieder städtische Omnibusse für die österreichischen Gemeindeunternehmen zu bauen und daß diese Autobusse auch den heutigen Ansprüchen gerecht werden. Ich darf nur hoffen, daß Ihre Anregung zumindest bei anderen Gemeinden, denn in Steyr darüber zu reden glaube ich ist müßig, auf entsprechendes Echo stoßen wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Darf ich nur einen kleinen Zwischenruf machen. Nachdem wir bei einer Gelegenheit den Bürgermeistern anderer Gemeinden diese Anregung gemacht haben, wollte ich dem Gemeinderat der Stadt Steyr diese nicht vorenthalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Kinzelhofer spricht jetzt als Referent dazu.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Kollege Pimsl hat bereits angeführt, daß wir immer nur Steyrer Fahrzeuge gefahren sind, seit jeher und der Ankauf der Mercedes-Busse war auf der Verkaufspalette der Steyr-Werke. Denn das Fahrzeug, das Sie gesehen haben, ist der neue Wiener Stadtbus, der in Linz als Probetrieb eingesetzt ist und der wird anschließend auch in Steyr gefahren, um auszuprobieren, wie er in der Stadt geeignet ist. Wenn das paßt, wird selbstverständlich dieses Produkt der Wiener Werke, also ein österreichisches Produkt, gekauft. Die Vorarbeiten dazu sind bereits getroffen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Interessanterweise habe ich heute mittags einen neuen Bundesheer-autobus in den Steyr-Werken stehen gesehen mit einem Mercedes-Stern. Bitte Herr Gemeinderat Eichhübl!

Gemeinderat Dkfm. Zagler verläßt um 16.30 Uhr den Sitzungssaal.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist zwar nicht meine Aufgabe, für die Steyr-Werke zu sprechen, aber als Kenner der Situation im Kraftfahrzeugbau kann auch ich nur darauf hinweisen, daß es in Zukunft gar nicht anders gehen wird, daß auf Grund der Arbeitsplatzsicherung eigene Produkte gekauft werden. Es paßt zwar nicht ganz dazu, was ich jetzt sage, *aber* auf dem Pkw-Sektor ist *es nicht* ja *weit* anders, denn hier herrscht die freie Marktwirtschaft, *auch* aber es wird sich auch da einiges ändern müssen, *vor allem* daß jene Kunden, die speziell Fahrzeuge aus dem außereuropäischen Raum kaufen, darauf Rücksicht nehmen sollten, daß sie Produkte ankaufen, womit europäische oder speziell österreichische Arbeitsplätze gesichert werden. Keine Angst, ich will Sie nicht dazu animieren, VW-Produkte zu kaufen, weil 35.000 österreichische Beschäftigte davon abhängen. Aber ich glaube doch, daß die Stadt Steyr im Bezug auf Kraftfahrzeuge des städtischen Betriebes mit gutem Beispiel vorangehen sollte und eben heimische Produkte kaufen soll.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das war fast eine unterschwellige Schleichwerbung. Gemeinderat Tremml als Nächster!

*Dieser Beitrag wurde nicht richtig wiedergegeben und daher berichtigt.*

#### GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Daß natürlich in unserer Stadt gerade die Arbeitsplatzsituation eine große Rolle spielt, hat auch bewiesen, daß Bürgermeister Weiss in seinem einleitenden Bericht an den Gemeinderat an die prekäre Situation erinnerte. Es sind immerhin in unserer Region 1.600 Menschen, die arbeitslos sind. Dazu hat natürlich auch beigetragen, oder trägt dazu bei, daß man auf Grund verschiedener Umstände im Steyrer Konzern 200 Arbeiter freigesetzt hat, die meiner Meinung nach nicht nur darauf zurückzuführen sind, daß es einen bestimmten Auftragsmangel, daß es Schwierigkeiten, ausgehend von der internationalen Wirtschaftssituation, gibt, sondern es sind bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen damit verbunden. Es zeigte mir ganz deutlich, daß man wenige Wochen nach Ausspruch der Kündigungen den 1.000sten Traktor im Ennstal verkaufte und dort der stellvertretende Direktor dieser Sparte mitteilen mußte, daß man auf die neue Type dieses Traktors, also der österreichische Bauer, mindestens 3 - 4 Monate warten muß, da so viele Bestellungen und die Steyr-Werke mit der Arbeit nicht nachkommen. Wenn Sie meinen Worten nicht glauben, das ist nachzulesen im Tagblatt. Es trägt auch dazu bei das BMW-Motorenwerk, worauf wir so große Hoffnungen gesetzt haben, und wo man gerade von Steyr aus hier nicht bereit war, Steyrer Werksarbeiter in dieser Situation zu übernehmen, nicht einmal die freigesetzten Lehrlinge. Hier gab es sogar Interventionen seitens der Stadt, Bürgermeister Weiss hat uns ja beauftragt, bei unserem Besuch diese Frage aufzurollen. Aber von der Direktion wurde uns mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage wären, diese aufzunehmen, im Gegenteil, wir mußten in Erfahrung bringen, daß man in dieser Situation, wo sich auch Kollege Pimsl sehr beschäftigen mußte, weil es auch bei den Angestellten zu größeren Kündigungen gekommen wäre, sogar Angestellte wieder zurückübernehmen mußte in das Hauptwerk. So sehen die Tatsachen aus, daß wir als Stadtgemeinde oft herangezogen werden bei den finanziellen Mitteln bei der Förderung, aber wenig Möglichkeiten haben, hier einzugreifen im Sinne der Stadt, nämlich für die Beschäftigung unserer Bevölkerung. Nun zum angeschnittenen Problem, kauft eigene Produkte. Ich glaube, hier liegt ein Versäumnis vor gerade in der Autobusproduktion. Die älteren hier anwesenden Gemeinderäte und unser Bürgermeister selbst - er war ja Obermeister im Steyr-Werk - wissen besser als ich, obwohl auch ich damals im Steyr-Werk beschäftigt war, daß wir auch begonnen hatten auf Grund der Möglichkeit des Absatzes, eigene Autobusse hier zu erzeugen. Das wurde vernachlässigt, eingestellt und ist dann nach Wien übernommen worden. Hier sind bestimmte Versäumnisse eingetreten in der Weiterentwicklung, nämlich der Benützbarkeit für kommunale Zwecke, besonders für den eigenen Kommunalbereich, also für die städtischen Unternehmungen. Hier zeigt sich auch ein bestimmtes Versagen der Manager in den Steyr-Werken, daß sie nicht richtig erkannt haben, in welcher Richtung sie die Produktion ausweiten und entwickeln sollen und mehr Mittel für die Entwicklung ausgeben hätten müssen als für die momentan lukrative Rüstungsproduktion. Hier wäre auch eine Möglichkeit, besonders von den Arbeitnehmern, und Einflußnahme von den öffentlichen Mandatären der Gemeinde, weil es hier leichter ist, weil man nicht abhängig ist vom Betrieb, in dieser Richtung aktiv zu werden. Das Steyr-Werk ist ein verstaatlichter Betrieb und man könnte da auch über die Regierung verlangen, daß man gerade hier im Bereich der Autobusproduktion mehr in die Entwicklung steckt und damit schrittweise übergehen könnte, die Rüstungsproduktion zu drosseln, was ja für Steyr keinen guten Ruf in der Welt bringt.

#### BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nein. Der Referent hat schon dazu gesprochen. Darf ich selbst vielleicht dazu erwähnen, für uns alle ist die Situation nicht besonders erfreulich. Ich kenne auch die Werke Wien, wo diese Autobusse produziert worden sind früher und vielleicht von der Einrichtung her produziert werden könnten. Mir wurde immer gesagt, die Kostenschere ist dermaßen, daß es

unmöglich ist, solche Busse überhaupt an den Mann zu bringen. Es wurde uns auch vom Vorstand der Steyr-Werke dieser Mercedes-Bus, wie ich vorhin erwähnt habe, als ein Handelsprodukt der Steyr-Daimler-Puch AG offeriert und seit dieser Zeit werden, wo sonst früher vielleicht Autobusse der Steyr-Werke oder angegliederter Betriebe benutzt wurden, eben diese Mercedes-Busse eingesetzt. Ich brauche sicher nicht erwähnen, dort gibt es reiche Erfahrung auf diesem Gebiet. Der Busbenützer ist heute auch darauf aus, einen gewissen Komfort im Fahrverhalten des Busses vorzufinden, so wie heute der Lkw-Fahrer nicht mehr zufrieden ist mit dem Komfort, den er noch vor 10 oder 20 Jahren im Lkw-Führerhaus gehabt hat. Hier haben sich gewaltige Veränderungen in der Qualität ergeben.

Noch möchte ich doch in einem gewissen Widerspruch zu Dir, Kollege Tremel, sagen, ich bin selbst aus einer Zeit heraus gekommen, wo kein Mensch gefragt hat, was die Steyr-Werke produzieren, wenn sie nur produziert hätten und die Leute Arbeit gehabt hätten. Ich stehe heute nicht an zu sagen, natürlich mit einer gewissen humanitären Einschränkung, so lange immer wieder Leute, die noch keinen einzigen Arbeitsplatz in Österreich geschaffen haben, großspurig schreien nach der Einstellung sämtlicher Waffenproduktion, ohne Rücksicht darauf, ob Menschen den Arbeitsplatz verlieren, so lange denen das Ohr geliehen wird, dann schauen wir arm aus und werden uns sehr schwer tun. Es werden damit alle Erklärungen über Arbeitsplatzsicherung zu Phrasen, weil hier ein ganz bestimmtes Gebiet ist, wo Produkte, die verkaufbar sind, die technisch einwandfrei sind, österreichische Markenarbeit sind, über deren Verwendung wir keinen Einfluß haben. Solche Produkte werden im Osten wie im Westen erzeugt, sowohl im sozialistisch orientierten Ostblock werden Waffen, Panzer, Flugzeuge und Bomber genauso erzeugt wie Raketen, genau so wie im Westen. Österreich mit der bescheidenen Produktion von Panzerfahrzeugen ist hier eine Ausnahme und hier möchten sich einige besonders profilieren in allen Parteirichtungen, als Humanitätsgeister und fahren auf öffentliche Kosten in der ganzen Welt herum, um als Apostel für den Frieden und Österreich zu wirken und zu werben. Aber wenn Sie nach Hause kommen, sind sie zwar wieder gescheitert geworden, aber sie haben trotzdem keinen Arbeitsplatz geschaffen. Glauben Sie mir eines, der, der die Arbeit verliert und keine Aussicht besitzt, einen Ersatzplatz zu bekommen, der wird sich nach einer gewissen Zeit, wo der Egoismus für die eigenen Bedürfnisse wächst, nicht mehr fragen, ob es humanitär ist, wenn keine Panzerfahrzeuge erzeugt werden. Er wird sich fragen, ob es human ist, wenn er selbst der Not ausgeliefert wird, er und seine Familie. Diese Überlegungen sind leider auf einen kleinen Personenkreis begrenzt, viele Menschen denken ähnlich, niemand spricht es aus. Aber die, die das Gegenteil aussprechen, werden gehört, das wird publiziert, das wird verlautbart und was weiß ich alles. Ich selbst war Gott sei Dank nie Kriegsdienstler aus Gründen, die ich nicht näher erläutern möchte, ich war auch nie ein Freund der Uniform, bin lange beim Roten Kreuz gewesen und habe bis heute eben keine Uniform getragen. Daher stehe ich außer Verdacht, hier militärische Hintergründe bei meiner Aussage zu besitzen. Wir müssen uns dazu bekennen, daß man das halt auch in Österreich produziert, was anderswo erzeugt wird und vor allem Produkte produziert werden, die verkaufbar sind. Alles andere ist Blödsinn, zum Beispiel daß die Steyr-Werke Dialyse-Geräte erzeugen sollten, denn so viele Nierenkranke haben wir gar nicht, die man damit versorgen könnte. Da könnte man die Steyr-Werke nicht einmal mit 500 Leuten besetzen. Die Produktpalette, die die Steyr-Werke derzeit haben ist eine Palette, die es überall gibt, im Osten wie im Westen. Daher glaube ich, man sollte sich auch überlegen, ob man rigoros die verkaufbaren Produkte einstellt, ohne zu prüfen, wieviele Menschen dadurch gefährdet werden oder ob man nicht doch auch in beschränktem Ausmaß die Argumente und Aspekte mit berücksichtigt.

Ich schließe nicht aus, daß das konservative Amerika und England Waffen produziert in viel höherem Ausmaß, in viel gefährlicherem Ausmaß, daß das sozialistische Frankreich und das sozialistische liberale Deutschland genau das gleiche tut, daß der Osten genau das gleiche macht. Es braucht sich niemand der Mantel der Unschuld umhängen, denn auf dieser Ebene gibt es keine Unschuld. Das muß ich schon

sagen. Hier gibt es nur eines, was uns als Österreicher berührt, und uns in Steyr ganz besonders, weil wir leidvolle Erfahrungen besitzen, die Not, die uns vor Augen stehen muß, wenn diese Abschwächung der Arbeitsmarktlage einmal diese Klippe erreicht, die gefährlich wird. Dann ist sie nicht mehr an der Grenze abzufangen, wo die Gefahr ist, denn dann eskaliert das weiter. Dann ist niemand mehr da, der das auffangen kann. Ich habe mich da ein wenig hineingesteigert, aber es soll mir zugute gehalten werden, daß meine reichen Jugend- und Lebenserfahrungen mit-spielen bei solchen Aussagen. Ich wünsche es mir sehr, so wie jeder andere hier, daß er für sich, für seine Kinder und Enkelkinder diese Nöte nicht verarbeiten muß, die schon bestanden haben und die immer wieder auch in meinen Aussagen so quasi aufgezeigt werden. Mehr soll es nicht sein.

Meine Damen und Herren, wir haben auch diesen Punkt abgeschlossen. Gibt es seitens der FPÖ ein Thema? Bitte!

#### GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

In der ersten Aktuellen Stunde nach der Sommerpause, meine Damen und Herren, des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, möchte ich ein Thema zur Sprache bringen, dessen Entstehung zwar etwas weiter zurückliegt, aber erst kürzlich, nämlich nach der letzten Gemeinderatsitzung, im Amtsblatt der Stadt Steyr zum Ausdruck gekommen ist. Damit bin ich bereits beim Thema, nämlich der Seite des Bürgermeisters, im Zusammenhang mit der Sanierung und der Situation Wehrgraben. Sehr viel vorweggenommen haben mir bereits die Kollegen von der Volkspartei, in positiver Hinsicht natürlich, im Zusammenhang mit dem vorher abgehandelten Antrag "Sanierung des Waffenfabriksteiges". Ich beschränke mich daher auf zwei Passagen und erlaube mir, aus dem Amtsblatt Nr. 7 vom Juli 1982 zu zitieren. Die neue Regelung, wonach 10 Millionen Schilling vom Bundesdenkmalamt, weitere Mittel aus dem Wissenschaftsministerium und Förderungsmaßnahmen vom Bautenministerium für Stadtteilerneuerung ausgesprochen werden können, schafft eine ganz neue Situation, die auch den Gemeinderat und die Stadtverwaltung zwangsläufig zu einer Änderung des bisherigen Standpunktes veranlassen. Hätte allerdings sofort nach den ersten Widerständen gegen das wasserrechtlich genehmigte Abwasser-Kanalprojekt Wehrgraben eine Meinungskapitulation der Stadtverantwortlichen eingesetzt, wäre dieser Erfolg in der Mitfinanzierung durch Bund und Land eingetreten. Wir freuen uns natürlich sehr über den geänderten Standpunkt und die Meinung der Stadtverantwortlichen, aber über diese Darstellung der Situation wundern sich doch viele Bürger der Stadt, viele Leser des Amtsblattes. Nicht der gesamte Gemeinderat, wie der Eindruck entstehen soll, wird zwangsläufig – die Betonung liegt auf zwangsläufig – von einer Änderung des bisherigen Standpunktes veranlaßt, sondern ein Teil davon, nämlich die Mehrheit im Gemeinderat, an der Spitze Sie her Bürgermeister. Bekanntlich hat sich ja die gesamte Opposition, im besonderen Maß auch die FPÖ, vehement für die Erhaltung des offenen Gerinnes bei Sanierungsmaßnahmen im Wehrgraben eingesetzt. Das ist der eine Teilaspekt dieser Darstellung, der andere Teil bezieht sich auf die Aussage, daß eine Mitfinanzierung durch Bund und Land kaum eingetreten wäre, hätte eine Meinungskapitulation der Stadtverantwortlichen gegenüber den Gegnern der Verrohrung des Wehrgrabengerinnes sofort eingesetzt. Hier drängt sich die Frage auf, ob die Voraussetzungen einer Mitfinanzierung nicht hätten anders erreicht werden können, nämlich durch ein Überdenken des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahre 1972, dessen Grundlagen einfach nicht mehr in die heutige Zeit passen, in der man Natur- und Denkmalschutz mit ganz anderen Augen betrachtet. Es wären also früher bereits Verhandlungen mit Bund und Land notwendig gewesen. Die historische Bedeutung des Stadtteiles Wehrgraben hätte dies zweifelsohne gerechtfertigt. Man hätte sich daher Sondersitzungen, in deren Verlauf Gemeinderatsmitglieder persönlich attackiert wurden, genau so ersparen können wie die überfallsartige Vorlage eines umfangreichen Maßnahmenkataloges.

Wenn man den Gedanken der Meinungskapitulation in andere Bereiche überträgt, dann ist es eigentlich verwunderlich, daß man beispielsweise das Prinzip nicht auch beim

Bau der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen angewendet hat. War also die Vorgangsweise doch nicht so gut, wie man glaubhaft machen will?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Mit diesem Fragezeichen endet Ihr Beitrag? Ich frage, ob die SPÖ dazu einen Beitrag wünscht?

Nachdem ich persönlich angesprochen wurde, möchte ich schon dazu sagen, es ist heute schon vieles vorweggenommen worden, was Sie richtigerweise erklärt haben und was dieses Problem betrifft. Es ist aber bedauerlich, daß diese Fragen dann auftreten, wenn zuerst einmal die Presse, aus welchen Gründen immer, in dieser Frage etwas lanciert. Mich beunruhigt das in keiner Weise, es sollte auch für den Gemeinderat keine Beunruhigung bedeuten, denn die Abläufe rein terminlicher Art und verfahrensmäßiger Art, wurden heute schon eindeutig dargelegt. Unter Stadtverantwortliche verstehe ich den gesamten Gemeinderat, mich eingeschlossen, und auch die Beamtschaft, die federführend mit diesen Fragen beschäftigt ist. Es konnte nicht früher etwas unternommen werden, weil das Denkmalamt erst in diesem Jahr von sich aus tätig wurde in Kenntnis der Bescheide, die schon längst zurückliegen. Es wäre vergebliche Mühe, jetzt darüber zu reden, was war, was gewesen wäre. Die Tatsache, daß unser Bemühen sicherlich ohne Erfolg geblieben wäre in früheren Zeiträumen, ist nicht von der Hand zu weisen und jetzt heißt es abwarten, bis alle Voraussetzungen zutreffen, die uns zu weiteren Maßnahmen führen können. Mehr dazu zu sagen, ist heute gar nicht möglich. Alles andere wäre in den Wind gesprochen, wie Hans Heigl, Entschuldigung Hans Weigl, das immer sehr treffend gebracht hat.

Es steht die Kandidatur zum Nationalrat bei allen Parteien bevor und daher ist mir der Name Heigl sehr geläufig.

Meldet sich noch jemand dazu zu Wort? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich verspreche Ihnen, daß das nicht lange dauern wird. Ich nehme nur die Worte des Herrn Bürgermeisters auf, um darauf zu antworten. Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, daß das offenbar dann im Gemeinderat ein Thema zur Behandlung auftaucht, wenn es vorher die Presse lanciert. Das möchte ich sagen, haben Sie nicht ganz richtig gesehen, das war anläßlich des Tagesordnungspunktes rund um den Wehrgraben der erstmögliche Zeitpunkt, hier im Plenum wieder über den Wehrgraben zu reden und noch dazu zur Sache zu reden. Es hat zwar, das weiß ich schon, im Juli noch eine Gemeinderatsitzung stattgefunden, doch ist es uns von der ÖVP sicher nicht darum gegangen, uns ein Federl auf den Hut zu stecken und irgend jemanden um sein Gesicht zu bringen, das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Außerdem wäre im Juli der Termin noch viel zu knapp gewesen, da hätte man wirklich noch nicht fragen können, was geschehen ist. Ich bitte also nochmals, es geht rein um die Sache, es geht uns rein darum, daß die Gott sei Dank gefaßten Beschlüsse im Interesse der Stadt möglichst gut und möglichst erfolbringend exekutiert werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht weiter das Wort dazu? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte eigentlich nicht viel hinzufügen. Ich betrachte die Stellungnahme des Bürgermeisters im Juli auf seiner Seite im Amtsblatt, wo er feststellt, wenn es diese Aktivitäten aus dem Gemeinderat nicht gegeben hätte, wäre es sicherlich nicht möglich gewesen, die 10 Millionen von Bund und Land und darüberhinaus vom Denkmalschutz noch einiges zu erreichen, als vollkommen richtig.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zu diesem Thema sehe ich keine Wortmeldung mehr.

Ich darf nochmal sagen, meine Erklärung von damals, zu der stehe ich heute immer noch. Es sind in dieser Frage verschiedene Zuständigkeiten gegeben, außerhalb des Bürgermeisters, die hier tätig werden können. Ich wünsche, daß Sie vom Gemeinderat in dieser Frage Ihre Vorstellungen allmählich fixieren. Vom Terminablauf haben Sie nun Kenntnis über die Möglichkeiten. Ich bin Vollzugsorgan der Beschlüsse des Gemeinderates, das habe ich schon am 25. Juni erklärt und zu dem stehe ich auch weiterhin wie zu den übrigen Erklärungen.

Damit können wir dieses Thema abschließen. Kollege Tremel haben Sie ein Thema?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte ein nicht unbekanntes Thema ansprechen. Sie werden sagen, er geht von seinem Steckenpferd nicht weg, es handelt sich nämlich um die Anschaffung eines Notarzwagens. Ich möchte heute die Aktuelle Stunde nicht ausführlich benützen, um nochmals über die Notwendigkeit zu sprechen, denn es weiß jeder, daß laufend Fälle bekannt werden, wo es sich zeigt, daß das Fehlen eines Notarzwagens bei manchem zum Tod geführt hat. Ich glaube, Leben retten zu können, wäre unbedingt notwendig, einen Notarzwagen zu installieren beim Steyrer Krankenhaus, so wie dies in anderen Städten der Fall ist. Kleinere Städte und auch Betriebe, Sie kennen das, ich habe x-mal darüber gesprochen, sei es in Thondorf in Graz oder in der viel kleineren Stadt Krems, wo ein Notarzwagen installiert ist beim Krankenhaus. Ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, noch im heurigen Jahr dementsprechende Initiativen zu setzen. Ich ersuche daher, daß die Fraktionsobmänner aller drei anderen Parteien des Gemeinderates, gemeinsam mit mir in den nächsten Monaten bei den Ressortverantwortlichen der OÖ. Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, vorstellig werden und die Forderung erheben, daß ehebaldigst ein Notarzwagen im Krankenhaus Steyr zu installieren sei.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

SPÖ-Fraktion?

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Es geht um die Frage der Kosten, weil die Anschaffung und der Betrieb enormes Geld kosten. Aber natürlich ist das auch in unserem Interesse. Die Gemeinde alleine wird diese Kosten nicht tragen können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

ÖVP dazu? Kollege Fritsch bitte!

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ganz einfach, in dem Fall müßte ich eigentlich 10 Minuten Redezeit zugebilligt erhalten, einerseits als Fraktionssprecher und gleichzeitig als Referent dazu. Ich strapaziere Sie nicht so lange. Es ist in der letzten Budgetsitzung bereits darüber gesprochen worden. Ich muß auch festhalten, daß von mir aus Gespräche mit dem zuständigen Referenten, eben Landeshauptmannstellvertreter Possart, in der Richtung geführt wurden. Es scheiterte bis jetzt immer an zwei Fragen. Frage Nummer eins, wer schafft das Fahrzeug an, da gehen die Meinungen zum Teil auch in Richtung Rotes Kreuz und gleichzeitig auseinander, Frage zwei, wer kommt für die Personalkosten auf? Eines ist klar, ein Notarzt kann nicht ständig und auf Abruf im Krankenhaus für Fälle, die hoffentlich nicht häufig vorkommen, zur Verfügung stehen. Würde er also aus dem normalen Reservoir der dort tätigen Ärzte geschöpft werden, so würde gleichzeitig dort oder da, auf dieser oder jener Station, der Arzt entweder unabhkömmlich sein oder aber, wenn er in seiner Notarztstätigkeit

ausübend unterwegs ist, im Krankenhaus bei Behandlungen wiederum abgeht. Sie wissen, überall gibt es Personaleinsparungen bzw. entsprechende Personalstops, so natürlich auch im Bereich der Landeskrankenhäuser. Insbesondere auch in Steyr. Die Möglichkeit dazu bleibt nach wie vor offen, es würde auch – auch das ist schon einmal erwähnt worden, allerdings ist es in eine andere Richtung gelenkt worden – die Möglichkeit besprochen worden, über Spenden von Geldinstituten, denen man heute einen Platz gewidmet hat, zumindest einen Teil der Kosten für einen Notarztwagen zuzusprechen. Aber die Stadt Steyr würde sich sicher daran – ich glaube zwar nicht zur Gänze – beteiligen. Es scheitert nicht am guten Willen, es scheitert nicht an der Einsicht für die Notwendigkeit, es scheitert lediglich an der Finanzierung durch die öffentliche Hand, einerseits im Bereich der Fahrzeuganschaffung, andererseits im Bereich des Personals. Die Forderung als solche ist berechtigt, aber gleichzeitig muß ich festhalten, wieviele berechnete Forderungen werden auch von uns aus, sofort, wenn sie aktuell werden, erfüllt. Das soll kein Beitrag sein, der ins Negative ablenkt, sondern das ist eine Erwähnung meinerseits, daß mit dem zuständigen Referenten gesprochen wird bzw. wurde, daß das Verständnis vorherrscht, aber auch das Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten, die sich dabei anbieten, auch von uns verlangt wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:  
Wünscht die FPÖ einen Beitrag dazu?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜLB:  
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Darf ich vom Platz aus eine kurze Stellungnahme abgeben. Es ist ein sehr ernstes und sehr notwendiges Thema und ich darf daher die Worte, Kollege Tremli, *zur die Du zu* meinem Beitrag angewendet haben, es ist sehr wichtig und notwendig.  
*hast wiederholen:*

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:  
Damit ist das Thema abgeschlossen.

Als Bürgermeister möchte ich in meiner Nebenfunktion als Rot-Kreuzstellenleiter noch hinzufügen, das Rote Kreuz feiert nächstes Jahr 75 Jahre Rotes Kreuz Steyr und hat den Wunsch vorgebracht, einen neuen, komfortableren Krankenwagen, der die Ferntransporte ermöglicht, zu erhalten. Das ist kein billiges Fahrzeug und es wird hier vom Roten Kreuz dieses Fahrzeug gewünscht als Jubiläumsspende von der Gemeinde. Wir haben ja schon lange Zeit kein Fahrzeug mehr gestiftet, das letzte kam von der Sparkasse. Wir haben ja auch schon einige andere Fahrzeuge als Stiftung bekommen. Ich könnte mir denken, daß man das Problem der Wichtigkeit auch mit dem Roten Kreuz behandelt, mit den Fachleuten vom Roten Kreuz, der ich ja in Einzelfragen ja nicht bin. Die Spende der Stadt Steyr, mit der sie sicher noch befaßt werden, in einer Art und Weise festlegt, entweder das eine oder das andere. So weit ich vom Roten Kreuz informiert bin, wünschen sie für ihre Fernfahrten – sie haben oft Krankentransporte von der Adria herauf, wenn Steyrer dort erkranken und schnell versorgt werden müssen und Reisen nach Deutschland usw. – einen neuen Wagen, denn die VW-Busse sind leider nicht so in der Lage, den entsprechenden Reisekomfort für einen Kranken zu bieten, wie andere Fahrzeuge, die es bereits gibt.

Damit kann ich das Thema abschließen. Wir sind genau auf die Minute mit der Aktuellen Stunde am Ende.

Abschließend darf ich bekanntgeben, daß wir heute Beschlüsse im Ausmaß von 17,212.000 Schilling entschieden haben. Ich danke Ihnen dafür. In der nächsten Zeit werden Sie befaßt werden mit den Vorschlägen an die Fraktionen über den Beamtenentwurf zum Budget 1983 und auch andere Fragen werden laufend an Sie herankommen. Die nächste Gemeinderatsitzung findet bekanntlicherweise am 28. Oktober statt und bei dieser Sitzung werden wir bereits in der Lage sein, auf Grund der kurz davor zu erfolgenden Ausscheidens unserer Kollegen Kaltenbrunner und Fürst,

*Dieser Beitrag wurde verfälscht wiedergegeben und daher berichtigt.*

zwei neue Stadträte angeloben zu müssen. Die Entscheidung dazu wird in der SPÖ-Fraktion so zeitgerecht getroffen werden, daß wir in keinen Zeitverzug kommen.

Mit dieser abschließenden Mitteilung darf ich die heutige Sitzung für beendet erklären.

Ende der Sitzung: 17 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.  
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Rudolf Pimsl e. h.  
Ernst Seidl e. h.